

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.20 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13 683

Insertatskosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagiorat 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Befügen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4 - Mk. jedes Tausend bei Zellaufgabe 6 - Mk. - Schluß der Annahme von Insertaten für die 1800er Nummer fest 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher 4598 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

Eine kurze Sitzung des Reichstags.

Die neuesten Meldungen.

Die Kämpfe am Tigris.

London, 24. April. (Reuters.) Amtlicher englischer Bericht von Mesopotamien. General Maude meldet: Die Schlacht am rechten Ufer des Tigris dauert fort. In der Nacht zum 22. kam es zu einem scharfen Handgemenge. Der Feind unternahm mehrere Gegenangriffe. Wir vertreiben den Feind aus einer hartnäckig verteidigten Stellung, die sorgfältig mit Eisenbedeckten Unterständen ausgefüllt war. Wir nahmen die Besatzung auf und besetzten die Station Samarra. Am 23. zerstörte der Feind in aller Eile, was er zerstören konnte. Unter der Bente befanden sich 16 Lokomotiven, 224 Eisenbahnwagen und 2 Waggons mit Munition. Die Verluste des Feindes am 21. und 22. waren schwer.

Die Nahrungsmittelfrage in England.

Been, 25. April. (W. T. B.) Obwohl die Nahrungsmittelfrage in England zur obligatorischen Rationierung aller Nahrungsmittel drängt, ist das Nahrungsmittelministerium, englischen Vorkriegsmaßstab abgesehen, Nahrungsmittelarten wie in Deutschland einzuführen. Es hält zunächst an dem System der teilweise obligatorischen, teilweise freiwilligen Einschränkung fest. Gemäß der Times erwägt das Ministerium die Einführung des von Institute of Hygiene entworfenen Nationalen Buches, in welches die Händler alle entnommenen Warenmengen einzutragen haben. Eine Verordnung des Lebensmittelkontrollors verbietet vom 28. April an die Verwendung von Weizen und Roggen außer zur Saat und zur Mehlerzeugung und die Verwendung von Mehl und Reis außer für menschliche Genusszwecke. Die durch Order in Council vom 20. April dem Lebensmittelkontrollor Lord Devonport verliehene Befugnis, alle Plätze, wo Lebensmittel für den Verkauf angefertigt, angeliefert oder hergerichtet werden, in Besitz zu nehmen, wird gemäß der Times eine einschneidende Wirkung auf die Hotels- und Restaurants ausüben.

Keine Verpfändung russischer Gebiete an England.

Petersburg, 24. April. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die skandinavische Presse veröffentlicht, angeblich aus deutscher Quelle, eine Nachricht über angebliche zwischen England und England eingeleitete Unterhandlungen, wonach ganz Island, Island, die Inseln Färöer und Dänemark sowie ein Teil der Alandinseln als Garantie für die neue Anleihe dienen sollten. Der Minister der Neuheiten stellt aufs bestimmteste die Richtigkeit dieser Nachricht in Worte und bezeichnet sie als böswillige Erfindung.

Die Lage in Spanien.

Barca, 25. April. (Privattelegramm.) Der Spezialkorrespondent des Zeit Journal in Madrid meldet: Der Ministerrat beschäftigt sich eingehend mit den neuen Vorfällen. Der König hat andauernd Besprechungen mit den hervorragendsten Politikern.

Die Disziplin bei den russischen Soldaten.

Petersburg, 24. April. (W. T. B.) Mehrere Soldatenabteilungen sind von der Front in Peltsburg eingetroffen, um die Gerichte zu prüfen, daß die Disziplin verschiedener Abteilungen der Garнизон zu wünschen übrig lasse. Die Abgeordneten stellen fest, daß die gewöhnliche Arbeit der Soldaten in Petersburg nicht vermindert worden sei. Die Abgeordneten waren mit der in der Petersburger Garnison herrschenden Ordnung ganz zufrieden.

Ein Arbeiter- und Soldatenverein in Stockholm.

Stockholm, 25. April. Montagsabend ist hier ein Arbeiter- und Soldatenverein ins Leben gerufen worden. Neben den Metallarbeitern haben sich Marinesoldaten in den Verein aufzunehmen lassen. (Schwedische Zeitung)

Verfehlt.

Kopenhagen, 25. April. Der dänische Dampfer Baron Sjernerblad ist auf der Reise von England nach Dänemark in der Nordsee verfehlt worden. Die Reisenden und die Besatzung wurden gerettet. (Dänische Zeitung)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 24. April befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Der Kanzler lehnt ab.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erklärt die Regierung eine entschiedene Absage an die Forderung, die jetzt von den weitesten Volkskreisen, namentlich von der Arbeiterschaft, erhoben wird, und die in der letzten Parteiausführung denn auch die Anternezsozialisten, dem allgemeinen Druck folgend, zu der ihrigen gemacht haben, an die Forderung, daß die deutsche Regierung, dem Beispiel der russischen folgend, einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwicklungen als ihr Ziel verkünde. Das Blatt der Regierung erklärt:

An die Reichsleitung wird erneut von zwei Seiten die dringende Aufforderung gerichtet, im Kampf der Meinungen über die Kriegsziele Stellung zu nehmen. Anlaß zu dieser Aufforderung hat die Erklärung der sozialdemokratischen Partei gegeben, die sich in Wiederholung ihrer früheren Erklärungen für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwicklungen ausdrückt. Von dieser Seite wünscht man, daß die Regierung sich diesen Inhalt der Resolution zu eigen macht. Die Gegenpartei verlangt, daß der Reichskanzler entschieden die sozialdemokratische Erklärung bekämpft. In der Freigabe der Kriegszielevertrugungen hat unsere Dossentlichkeit die weitestgehende Möglichkeit, ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Grenze, innerhalb deren sie sich halten will, auch durch ihr vaterländisches Gewissen bestimmt werden. Die Regierung hat das, was von ihr über die Kriegsziele gesagt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weiteren Erklärungen geben. Sie wird, unbeeinträchtigt durch das Drängen von beiden Seiten, den Weg weiter gehen, den ihr Gewissen und Verantwortung vor dem Lande vorschreiben. Ihre Aufgabe ist es, so bald wie möglich den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen. Dem stehen vor allem die wahnwitzigen Kriegszieleforderungen unserer westlichen Feinde entgegen.

Die feindliche Presse schreibt unvorsichtlich unter strenger Bindung. Aber trotzdem bleibt es doch bemerkenswert, daß sie weder in der Frage der Annexionen noch in der Frage der Kriegszieleforderungen die geringsten Abstriche von ihren unsinnigen Forderungen macht hat. Aus englischen und französischen Blättern kann man sich täglich davon überzeugen, daß die militärische Offensive mit einem Trommelfeuer auf der ganzen Westfront begleitet wird. Lloyd George zieht die Studienkarte Pink an Rhein und die französischen Blätter können sich in dem Gedanken, daß Wilson ihnen helfen wird, die Meinung zu gewinnen. Wir haben noch kein Wort amerikanischer Widerspruch gehört. Auch in der Aufstellung ihrer Kriegszieleforderungen sind die Franzosen nicht faul. 16 Milliarden jährlich hat sich der Mann herangerechnet. Das sind aber Zahlen, die von anderen Blättern längst überholt sind. In dem weltberühmten Journal verurteilt jemand das deutsche Volk zu langjähriger Sklaverei, damit Frankreich wirtschaftlich alles wieder hereinbringe, was es durch den Krieg verloren hat. Wir erinnern daran, daß dieser Gedanke schon vor einer Reihe von Monaten mit wissenschaftlichen Ernst in englischen Zeitungen erörtert worden ist. Glaubt die deutsche Sozialdemokratie, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Formulierungen anzukommen? Sie werden Enttäuschungen erleben. Auch in Holland, wo die Verhältnisse noch im Finstern sind, sieht es keineswegs an Kriegszieleforderungen, in denen man den Einfluß der westlichen Rundschreiben erkennt. Unsere Feinde sehen alles, was bei uns geschieht, daraufhin an, ob es zur Annexionierung ihrer eigenen schwerverdienenden Bevölkerung ausgenutzt werden kann. Die Arbeiter der sozialdemokratischen Revolution haben dies bei ihrem Beschluß, durch den sie den Frieden fördern wollten, nicht mit in die Rechnung eingestellt.

Wenn nun aber in einem Berliner Blatt von einem Abgrund geschrieben wird, vor dem wir stehen und in den uns die sozialdemokratische Partei hineinreißen will, so kann diese Tonart nur Schaden anrichten. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, und in solchem Maße soll man sie vor dem Ausland nicht erschrecken lassen. Eine Karte, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern, und in dem festen Willen zu harter Verteidigung des Vaterlandes ist sie vorhanden.

Die Ereignisse in England, die Erklärungen der provisorischen Regierung sind also der deutschen Regierung noch nicht genügender Anlaß, einen Schritt zu tun, von dem wir, nach unserer Beurteilung der russischen Geschicke und unter Berücksichtigung der wachsenden Friedensstimmungen in England und Frankreich, wohl sie beispielsweise die gestrichen von uns wiedergegebenen Meldungen über die Haltung der englischen Arbeiter erkennen lassen, eine wesentliche, ja eine entscheidende Förderung der Friedensbestrebungen erwarten müssen. Wir haben hier in der letzten Zeit immer und immer wieder betont und nachgewiesen, wofür große Bedeutung für die Sache des Friedens eine solche klare Erklärung der Regierung gegen Annexionen und Kriegszieleforderungen im jetzigen Moment haben würde, wie selten glücklicherweise der Augenblick ist, um den Krieg zu Ende zu bringen. Wie durchschlagend die Gründe sind, die für unsere Auffassung sprechen, geht aus dem Umstand hervor, daß

selbst Vertreter der äußersten sozialdemokratischen Rechte, der ausgesprochensten Sozialimperialisten, sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen konnten, daß in einer solchen Erklärung der Regierung der Schlüssel zum Friedensteimpel liege. So hat der Sozialimperialist Cohen, der Abgeordnete für Greiz, gestern noch im Tag die Forderung erhoben, daß die Regierung den Schritt tue, den sie jetzt ablehnt - er tut es allerdings in der Hoffnung auf einen Sonderfrieden mit Rußland und mit einer Spitze gegen England - so hat das bekannte Sprachrohr der äußersten sozialdemokratischen Rechte und der Gewerkschaftsleitungen, die Internationale Korrespondenz, längst in ihren Spalten solcher revolutionär anmutende Ansicht ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie zu einer andern Haltung zur Regierung kommen müsse, wenn sie sich der Forderung nach deutlicher Besannung ihres Kriegsziels verlege. Bis weit in bürgerliche Kreise reicht die Erkenntnis, daß die Gelegenheit, in absehbarer Zeit zum Frieden zu kommen, jetzt, gerade jetzt genutzt werden muß, daß das heiße Eisen des Schmelzofens hart, daß die vielleicht unerreichliche auf lange Zeit nicht wiederkehrende Günstigkeit der Minute nicht zu verschwinden droht. Aber die deutsche Regierung sagt Nein! zu dieser Forderung; die in der verflochtenen Rede von großen Kreisen der Arbeiterschaft in besonders nachdrücklicher Weise unterstrichen worden ist.

Wie wir die politische Wirkung dieser neuesten Regierungserklärung selber einschätzen müssen, das brauchen wir nach alledem hier nicht weiter auszuführen. Wir haben uns freilich zu Rückschlüssen über die Stellung des Reichskanzlers in dieser Frage hingegen und sind, stets der Ueberzeugung gewesenen, daß er gegen den Druck, den die annexionskünstlerischen bürgerlichen Parteien auf ihn ausüben, nur durch starken Gegendruck der Arbeiterschaft zu der Haltung gebracht werden konnte, die wir fordern müssen. Leider hat die Politik der Mehrheitsfraktion alles getan, um diesen Gegendruck abzuschwächen. Anstatt dem Kanzler energisch die Forderung zu stellen, hat sie sich seit mehr als Jahresfrist bemüht, den Kanzler auf ihren Standpunkt hinüberzuziehen, ihn durch angeblich authentische Deutungen seiner Reden durch feiner angeblichen Verlauten Scheidemann auf die sozialdemokratische Forderung festzulegen. Sie wollte auf jeden Fall in Uebereinstimmung mit dem Kanzler bleiben und hat zu diesem Zweck sich auch nicht scheut, den annexionskünstlerischen Ideen Zugeständnisse zu machen. Klare Ansprache darüber verniederte sie freilich - nach hohem Vorbild - staatsmännisch hüllte sich Scheidemann bei seinem Traktat über die Kriegsziele in das Dunkel mehrdeutiger Wendungen, ließ er seine Geneigtheit, sich mit Annexionen im Osten abzufinden, nur durch die Nichterwähnung Rußlands in seiner schönen Formel vom Stande vor dem Kriege durchblicken, gab er seine Zustimmung zur Forderung einer Kriegszieleentschädigung für Deutschland in einer verkapultierten Form, daß er unter Umständen sagen könnte, er habe doch eigentlich nichts gesagt. Was bei diesen staatsmännischen Kunststücken herausgekommen ist, das zeigen die Vorgänge dieser Tage. Das Friedensangebot aus Rußland ließ es den Vertretern der Mehrheitspartei doch geratig erscheinen, die Anpassung an die Stellung Bethmanns hinauszuschieben, die stille Bereitschaft zu Zugeständnissen an die Annexionsisten anzukündigen und lieber Anlaß an die Internationale zu suchen. So kam der Beschluß des Parteiausschusses zustande, den wir kennen. Und nun hat Bethmann Solwek die Antwort gegeben. Ueber ihren Sinn, über ihre Bedeutung kann wohl selbst im Lager der Annexionssozialisten keine Täuschung mehr herrschen, so ungern diese Herren auch dieser Wirklichkeit ins Gesicht sehen werden und so bestreiten die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auch, ist die bittere Bitterkeit wenigstens etwas zu verändern durch die angehängte Zurückweisung der alldemokratischen Annexionen auf den Beschluß des Parteiausschusses. Die Scheidemann werden aus alledem doch nur das Nein hören müssen und sie werden mit eiserner Notwendigkeit vor die Entscheidung gestellt, was sie nun, nach diesem verben Nachstreich, tun wollen. Werden sie nach dem Rezept der Internationalen Korrespondenz handeln oder werden sie auch noch nach dieser Behandlung, mit brennenden Backen, dem Kanzler weiter tiefe Gefolgschaft leisten? Wir glauben im voraus zu wissen, wie ihre Entscheidung fallen wird, aber wir wollen den Ereignissen nicht vorzueilen und nicht prophesieren.

Für den nötigen starken Druck gegen die Forderung der Scheidemann hatten die bürgerlichen Parteien in diesen Tagen ausgiebig

geforgt. Bis auf wenige linksliberale Organe — und auch in diesen Reihen gab es Gesetzkollegen der Annexionisten — erhob die bürgerliche Presse ein lautes Protestschrei gegen den Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegentschädigung. Die übergeschwappten Stimmen der französischen und englischen Presse, auf die sich Bismarck zur Rechtfertigung seiner Haltung berief, fanden mehr als ein deutsches Gegenstück. Der „*Nachrichtliche Ausblick*“ für einen deutschen Frieden“ erließ eine mitleidige Proklamation, worin er sich gegen die Behauptung, er stelle unsinnige Forderungen, bekümmert verwarf. Als berechtigte und notwendige Forderungen bezeichnet er „*Nachkriegs- und Kriegentschädigung*“. Die Begründung lautet, daß ein Frieden ohne Eroberungen und Kriegentschädigung „*Verleumdung und Unterdrückung*“ des deutschen Volkes bedeute. Dieses Standwort hat Graf Nevenkow in der Deutschen Tageszeitung mit Ausdauer und Fähigkeit bis zum Ueberdruß hin und her gemundet. Nicht minder eifrig waren darin die Kreuzzeitung und andre Organe der Rechten — daß die nationalliberalen Blätter nicht leichten versteht sich. Dieses Geschrei der bürgerlichen Presse ist für den Kanzler offenbar der Anlaß zu seinem jetzigen Schritt gewesen. Er sucht dabei wieder das Gesicht des Unparteilichkeit, das über den Parteien Stehenden zu wahren. Aber es gelingt ihm schlecht. Das Schwergewicht seiner Erklärung liegt gegen die Linke, gegen ihre Friedensbedingungen.

Nur und ist das eine bittere Erfahrung, aber keine Enttäuschung, keine Ueberfrachtung. Wir hätten es allerdings nicht für unheimlich gehalten, daß die Regierung die Zeichen der Zeit besser zu deuten vermöchte, daß sie die Notwendigkeit einer andern Haltung eingesehen hätte. Denn die Tatsachen reden laut und deutlich genug dafür. Aber es zeigt sich wieder, daß die entgegenstehenden Kräfte noch zu stark sind. Die Folgerung, die wir zu ziehen haben, ist, daß die Arbeiterpartei ihren Willen härten muß, daß die Regierung, so deutlich es angeht, ihre Forderung aufs neue stellen muß, bis sie durchdringt.

Was die Scheidemannier tun werden, das haben sie zu entscheiden. Einen ungefähren Schluß auf ihre Haltung läßt sich vielleicht aus ihrem Auftreten in der gestrigen Sitzung des Reichstags ziehen, in der Scheidemann eine Erklärung abgegeben hat, die die Doppelseitigkeit der Unternehmlichkeit deutlich erkennen läßt. Genosse Ledebour sagte, was in dieser Lage vom Vertreter des arbeitenden Volkes gesagt werden mußte. Der Reichstag hat sich trotz dieses Widerspruchs und trotz der gespannten Situation bis zum 2. Mai vertagt und der Verfassungsausschuß tritt auch erst später zusammen und, wenn die Verfassungen des nationalliberalen Kuriers zutreffen, mit beschnittenem Programm, unter Ausschaltung der preussischen Wahlreform, die nach Bismarck dem preussischen Klassenlandtag überlassen bleiben muß. So stehen jetzt die Zeichen der Zeit. Die Arbeiter werden sie verstehen.

Die russische Revolution.

Vom Kongreß der Armeen an der Westfront.

Petersburg, 22. April. (Weidung der Petersburger Telegraphenagentur.) Auf dem in Minsk tagenden Kongreß von Vertretern aller Armeen an der Westfront hielt der frühere Dumaabgeordnete Sozialist Tseretelli eine Rede, in der er sagte, daß ein Sonderfrieden für Rußland eine nicht wieder gut zu machende Katastrophe wäre. Tseretelli, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg, sprach von der provisorischen Regierung und vom Arbeiter- und Soldatenrat. Er protestierte gegen die Behauptung von einem Dualismus in der Regierungsmacht, der infolge der Tätigkeit der beiden Körperlichkeiten bestehen solle. Er erklärte, daß kein Dualismus bestehe, sondern nur eine einfache politische Kontrolle der Regierung, die immer vorteilhaft und notwendig sei. Diese Erklärung wurde von der ganzen Versammlung mit großem Beifall aufgenommen, die die Marschallaise anstimmte.

Ausbreitung der Judenbewegung.

Haag, 28. April. (B. T. V.) Das Jüdische Korrespondenzbureau meldet aus Petersburg, daß die Judenbewegung sich über ganz Rußland ausbreitet. Es erscheinen wieder jüdische Blätter. Viele reaktionäre und antisemitische Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Alle antisemitischen Demonstrationen werden von der Regierung unterdrückt. Vertreter des Judentums haben sich den Vertretern der andern nichtjüdischen Völker angeschlossen.

Agitation gegen den Krieg.

Rotterdam, 21. April. (B. T. V.) Daily News meldet aus Petersburg, daß besonders in den Gouvernements von Beharabien, Tobolsk und Wolgynen zahlreiche Agitatoren in Uniform von Dorf zu Dorf ziehen, um bei den Bauern Stimmung gegen den Krieg zu machen.

Die Lage in Finnland.

Stockholm, 25. April. (B. T. V.) Die letzten Nachrichten aus Finnland zeigen, daß sich dort die ersten Anzeichen von Anarchie bemerkbar machen. Anlässlich eines Streiks griffen auch russische Soldaten ein und verlangten Bewilligung der von den Ausständigen gestellten Forderungen.

Vom Tage.

Am Montag war der Hilfsdienstausschuß des Reichstags zu einer Sitzung zusammengetreten. Zuerst besahe er sich mit einer Anzahl Petitionen, die zum Teil Arbeiter- und Kunstgelehrten betrafen. Von mehreren Abgeordneten wurde festgestellt, daß den Angestellten im Hilfsdienst zu geringe Löhne gezahlt würden. Von den Regierungsvorstehern wurde versichert, daß die Behörden sich mit den in Betracht kommenden Organisationen verständigen wollen. Gegen einen Erlaß des preussischen Handelsministers, der den Mitgliedern der Arbeiterauschüsse das Recht beschränken will, sich ihre Zahlungen selbst zu geben, wurde eine Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß nach Ansicht des Ausschusses die Landeszentralbehörden lediglich die Wahlordnung für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erlassen könnten, die Regelung der inneren Organisation der Ausschüsse jedoch nicht in ihrer Zuständigkeit liege; wo in Widerspruch mit dieser Auffassung vorgegangen worden sei, solle der Reichskanzler die Aufhebung der betreffenden Verordnungen betreiben.

Bei der Besprechung der Stellung der Kellamierien trug Hg. Dittmann einige Fälle vor, in denen Kellamierie aus nichtmilitärischen Gründen wieder eingesetzt worden seien. — General Gröner wandte sich dann scharf gegen Dittmann, indem er von hebräischer Tätigkeit sprach, die zu den letzten Streiks geführt habe. Die Verwaltung sei entschlossen, mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen gegen alle Versuche, Unzu-

friedenheit unter die Arbeiterschaft zu tragen und die Arbeit in der Rüstungsindustrie zu stören. Diese Erklärung wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien lebhaft begrüßt; auch sie behaupteten, Dittmann habe hebräisch gewirkt und sie verlangten eine Erklärung von ihm darüber, was er zur Beendigung des Streiks getan habe. Dittmann stellte dann fest, daß er den Arbeitern versichert habe, ihre Beschwerden an maßgebender Stelle zu vertreten, das war die einzige Tätigkeit, die er habe entfalten können. Diese Absicht sei gescheitert, weil das Kriegsamt die Deputation nicht empfangen hat.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion stellten es in Abrede, daß zu den Streiks gehört worden sei, und wiesen die Annahme eines konservativen Redners, daß die Arbeiter durch englisches Geld bestochen worden seien, als völlig unhaltbar zurück. Die konservativen Landwirte, die fortgesetzt nach höheren Preisen schreien, hätten keinen Anlaß, den Arbeitern Moral zu predigen. Von unverantwortlichen Stellen seien allerdings Flugblätter verbreitet worden, die Streiks aber seien entstanden aus der Not der Zeit heraus. Der Beweis dafür sei, daß selbst Gelbe die Arbeit eingestellt hätten. In letzter Linie sei es gerade die agrarische Politik, die die Arbeiter in den Streik getrieben hat. — So sehr man diese Streiks bedauern müsse, so wenig dürfe man behaupten, daß sie nur eine Folge der Verheerung seien. Zu verurteilen sei aber unbedingt, daß politische Freie versucht haben, diese Bewegung für sich nutzbar zu machen. Der Streik sei gegen den Willen der Gewerkschaften ausgebrochen; auch der Metallarbeiterverband habe ihn nicht veranlaßt, als er aber ausgebrochen war, habe er ihn in feste Bahnen gelenkt. Dittmann erklärte noch, daß es sich nur um eine Verabredung von Mund zu Mund gehandelt hat, an dem Tage der Kürzung der Protraktion die Arbeit niederzuliegen. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist von den Ereignissen genau so überrascht wie andre auch. Die Behörden hätten den Streik verhindern können, wenn sie die Wünsche der Arbeiter erfüllt hätten. Die Hindenburg-Spende für Düsseldorf z. B. habe zum Teil ihren Weg in Beamtenhänden gefunden. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, dann werden immer wieder solche Explosionen sich ereignen.

Die Erörterung wurde dann geschlossen, die Sitzung des Ausschusses auf unbestimmte Zeit vertagt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags, der am Dienstag seine Beratungen wieder aufnahm, wurde mitgeteilt, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der nächsten Woche Klärung über die politische Lage geben werde. Von dem Vertreter der Mehrheitsfraktion wurde es befragt, daß die Verhandlungen des Reichstags hinausgeschoben worden sind, was einen ungünstigen Eindruck haben müssen. Für die Zukunft müßten feste Dispositionen getroffen werden, damit die Fraktionen Zeit zur Beratung erhielten. Der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bedauerte das Ausschließen der vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu gehenden Klärungen. Dadurch werde der Reichstag herabgewürdigt.

Der Ausschluß setzte dann die vor den Ferien abgebrochene Beratung über den Seereschat fort. Ein sozialdemokratischer Redner beschwerte sich über Beleidigungen gegen Juden. Bei der Besprechung von Gefangenensagen teilte General Friedrich mit, daß die in Gbrilly untergebrochenen Griechen demnächst ausserhalb der Beschäftigung in der Landwirtschaft finden würden. — Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Die spanische Regierung hat am 20. d. M. in Berlin eine Protestnote überreichen lassen, die jetzt in deutscher Uebersetzung veröffentlicht wird. Es wird darin gesagt, daß bisher noch kein Mittel gefunden worden sei, um bei der Anwendung eines neuen Kriegsgesetzes durch Deutschland auf der See die berechtigten Ansprüche Spaniens zu sichern. Dann heißt es:

Die in diesen Tagen ohne Warnung erfolgte Verletzung einiger Schiffe, insbesondere diejenige des San Fulgencio, der nach Spanien Kohlen aus England brachte, wofür er vorher Früchte mit deutschem Geleitschein ausgeführt hatte, sowie die seitens der Berliner Regierung für die Rückkehr unserer in den englischen Häfen zurückgehaltenen Schiffe aufgestellten Bedingungen, die, wenn sie nicht von der spanischen Regierung verworfen worden wären, einen großen Teil unserer Handelsmarine zur Untätigkeit gezwungen hätten, ferner die bereits erwähnte Mitteilung, daß unser Seehandel mit den im Kriege mit Deutschland befindlichen amerikanischen Ländern auf dem Hinwege denselben Bestimmungen unterworfen werden wird, welche in Europa, vor dem 1. Februar belagerten Verhale unserer Marine zur Folge hatten und schließlich in Betracht des so erweiterten Risikos unsere wirtschaftlichen Existenzbedingungen immer schwerer und fast unmöglich machen werden; alles dieses beweist, daß die deutschen Behörden weder dahin gehen, das zu wiederholten Malen und berechneter Weise geforderte Recht anzuerkennen, noch in der Art wie sie es sollten, den Ansprüchen eines Landes Rechnung tragen, dessen Freundschaft bis auf den heutigen Tag keine Abkühlung erfahren und dessen Neutralität ohne Danken aufrechterhalten wurde. Wenn die kaiserliche Regierung darauf besteht zu verzichten, daß sie ihren Entschluß zur Verteidigung ihres Lebens aufrechterhält, so darf sie sich nicht wundern, wenn Spanien aus demselben Grunde sein Recht zur Verteidigung seines Lebens betont.

Die spanische Regierung hofft schließlich, daß die deutsche Regierung den Sinn und die Tragweite dieser Note würdigen werde. Zu dieser Note wird offiziös bemerkt, die deutsche Regierung werde „in voller Würdigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Spaniens“ mit der spanischen Regierung in eine Erörterung über die Maßnahmen eintreten, die innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen zur Erleichterung der in Spanien entstandenen Schwierigkeiten getroffen werden können.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Feindliche Berichte.

Französischer Seeresberichts vom 23. April nachmittags. Während der Nacht starke Tätigkeit der beiden Artillerien südlich von St. Quentin sowie zwischen Soissons und Reims. Deftlich von Caenne sehr heftiges Bombardement, das einer Vorbereitung zum Angriff vorausging und von unsern Batterien kräftig belämpft wurde. Der feindliche Angriff konnte nicht zur Entwicklung kommen. In der Champagne machten die Deutschen gestern gegen 6 Uhr abends einen starken Angriff gegen den vorliegenden Hügel nordöstlich des Hochberges. Er wurde durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer gebracht. Der Feind erneuerte diesen Versuch in der Nacht auf den Rücken, den wir halten. Bei Moronvillers

war der Kampf an einigen Punkten sehr lebhaft. Er endete Meran zu unserm Vorteil.

Deftlich von St. Mihiel und in der Woivre schlugen wir zwei von starken feindlichen Abteilungen ausgeführte Handstreich ab, den einen im Walde von Milly und den andern vor den Gräben von Calonne.

In den Vogesen war ein feindlicher Angriffsvorstoß südlich des Passes von Martrich erfolglos.

Französischer Seeresberichts vom 23. April abends. In Belgien unternahm der Feind am Morgen mehrere Angriffe an verschiedenen Punkten unserer Front. Die Angriffe wurden durch unser Feuer vollständig abgewiesen. Einige feindliche Abteilungen, denen es gelang war, in unsere vorgeschobenen Gräben einzudringen, wurden sofort nach einem Kampf Mann gegen Mann zurückgeworfen. Die Deutschen heften Gefangene in unsern Händen. Zwischen Somme und Oise führten unsere Batterien ein wirksames Berührungsgeschütz auf die deutschen Anlagen aus. Zwischen der Aisne und dem Chemin des Dames machten wir im Laufe des Tages nördlich von Sancy einige Fortschritte. Der Artilleriekampf war besonders im Abschnitt des Gefächts heftig lebhaft. In der südlichen Front Artilleriekämpfe mit Unterbrechungen.

Englischer Seeresberichts vom 23. April. Unsere Truppen griffen heute in ausgedehnter Front auf beiden Ufern der Scarpe an und machten im Gesecht und im Vormarsch bedeutende Fortschritte. Südlich der Straße Bapaume—Cambrai besetzten sie den Ueberrest des Dorfes Trecault und im Laufe der Nacht auch den größten Teil des Waldes von Haurincourt.

Zweiter englischer Seeresberichts vom 23. April. Heftiger fortgesetzter Kampf auf beiden Ufern der Scarpe. Wichtige feindliche Stellungen wurden genommen. Wir eroberten das Dorf Gabelle und die feindlichen Verteidigungslinien bis 2 1/2 Meilen südlich davon. Auf dem rechten Scarpeufer gewannen unsere Truppen kämpfend auf breiter Front Raum und eroberten Guemappe.

Der Krieg zur See.

Die Ergebnisse des U-Bootkrieges.

Berlin, 25. April. Amtlich. Zeit den am 10. April bekanntgegebenen Unterseebooterfolgen sind nach den bis zum 24. April eingegangenen Meldungen weiterhin insgesamt 143 500 Briten-Neutralen feindlicher und neutraler Handelsfahrzeuge durch unsere Unterseeboote im Englischen Kanal, im Atlantischen Ozean und in der Nordsee verent worden.

Verent.

Amsterdam, 21. April. (B. T. V.) Der niederländische Dampfer Minister Tal, mit gemeinsamer Ladung von Hull nach Darlingen unterwegs, wurde Montagnacht torpediert. Die ganze Besatzung wurde wohlbehalten in Zmuiden gelandet.

Ein englisches Luftschiff verbrannt.

London, 21. April. Die Admiraltät meldet: Ein britisches Luftschiff, das am Sonntag die Ostküste abspatrouillierte, ist nicht zurückgekehrt. Es ist beobachtet worden, wie am Sonntagvormittag ein Luftschiff in Flammen geschloß in der Straße von Dover niederlag. Ein Flugzeug wurde kurz vorher in der Nähe beobachtet. Es wird angenommen, daß das feindliche Flugzeug das vermintete Luftschiff zerstört hat, das wahrscheinlich infolge Maschinenfehlers eine weite Strecke vom Winde fortgetrieben worden sei.

Der Angriff auf Calais.

Bern, 21. April. (B. T. V.) Aus Calais wird berichtet: Durch die Beschließung wurden zahlreiche Häuser in allen Stadtvierteln schwer beschädigt. Es wurden sieben Personen getötet. Die Zahl der Verwundeten ist außerordentlich groß.

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Seeresberichts.

Sofia, 20. April. Generalstabberichts. Mazedonische Front: Inzwischen Bardar und Dojransee den ganzen Tag über sehr heftiges feindliches Artilleriefeuer, das sich mehrere Male bis zum Trommelfeuer steigerte. Besonders heftig wurde unsere Stellung südlich von Dojran beschossen, wo nach länger anhaltendem Trommelfeuer gegen 10 Uhr englische Infanterieeinheiten blutig abgenommen und getötet wurden, sich in ihre Gräben zurückzuziehen. An der übrigen Front schwache Artillerietätigkeit. Rumänische Front: Ruhe.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 24. April. Amtlicher Bericht vom 23. April. Traxion: Am 21. April griff der Feind mit mehreren Infanteriebrigaden und harter Artillerie unsere Stellungen auf dem rechten Tigrisufer an. Auf unserm linken Hügel gelang es ihm, in einen Teil unserer Stellung einzudringen, doch wurden die meisten Gräben wieder zurückerobert. Der Feind verlor mehrere Gefangene und einige Maschinengewehre. Seine blutigen Verluste sind außerordentlich schwer und erheblich größer als die unsrigen. Nachdem so unsere Truppen erfolgreich den Tag über Widerstand geleistet hatten, wurden sie, um unnötige Verluste zu vermeiden, in der Nacht in eine einige Kilometer nördlich gelegene vordere Stellung zurückgenommen.

Auf dem linken Tigrisufer keine besonderen Ereignisse. Von diesem Ufer her beteiligte sich feindliche Artillerie an dem Gesecht auf dem andern Ufer.

Kaukasusfront: Im rechten Hügelabschnitt drang eine unserer Patrouillen bis 30 Kilometer hinter die feindlichen Stellungen vor. Sie überließ dort ein mit 40 Mann besetztes Dorf, löste es und kehrte mit einigen erbeuteten Gewehren und Melspferden zurück. Im linken Hügelabschnitt im allgemeinen Ruhe. Nur auf dem linken Hügel feindliches Artilleriefeuer. Ein feindlicher Patrouillenangriff wurde abgewiesen.

Sinaifront: Außer leichtem Artilleriefeuer herrschte Ruhe. Unsere Artillerie schoß einen feindlichen Hieger ab. Fünf Geschütze des Feindes wurden durch unser Artilleriefeuer zerstört.

Von den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse gemeldet.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Kriegsstimmung in Brasilien.

Bern, 24. April. (Privattelegramm.) Agencia Americana meldet aus Rio de Janeiro, die Bevölkerung habe die Pläne der Friedensliga abgelehnt, die Brasilien aufforderten, Deutschland nicht den Krieg zu erklären. Der kaiserliche Schmidt habe die Regierung aufgefordert, den Krieg an Deutschland zu erklären.

Eine neue Vergeltungsmaßnahme.

Paris, 24. April. (Amtliche Seeresberichts.) Entgegen allen Regeln des Völkerrechts und der Menschlichkeit haben die Deutschen ihren Entschluß angekündigt, Hospitalkräfte ohne Warnung zu torpedieren. Unter diesen Umständen hat die französische Regierung zur Kenntnis gebracht, daß sie deutsche Gefangene auf diesen Fahrzeugen einschiffen würde.

Die britische Mission in Amerika.

Washington, 24. April. (Neuermeldung.) Staatssekretär Lansing erklärte, daß die britische Mission nicht deshalb nach Amerika gekommen sei, um von den Vereinigten Staaten etwas zu verlangen, sondern nur um die Regierung über die Fehler zu unterrichten, welche die Entente zu Beginn des Krieges gemacht habe. Der Besuch der französischen Mission sei hauptsächlich als Höflichkeitssatz zu betrachten. Lansing glaubt nicht, daß eine der Konferenzen einen streng formellen Charakter tragen oder sich zu einer richtigen Kriegskonferenz gestalten wird.

Luxemburg.

Eine Regierungskrise.

Luxemburg, 24. April. (W. T. V.) Zu Beginn der heutigen Kammer Sitzung erklärte Staatsminister Thoren, da die jetzige Regierung nicht mehr das Vertrauen habe, das sie verlangen müsse, habe die Regierung ihr Mandat in die Hände der Großherzogin zurückverlegt.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. April. (Mitteil.) (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfeld von Arras führte die auf Frankreichs Boden stehende britische Macht gestern den zweiten großen Stoß, um die deutschen Linien zu durchbrechen.

Seit Tagen schleuberten schwere und schwerste Batterien Waffen von Geschossen jeder Art auf unsere Stellungen, am 23. April, frühmorgens, schwoll der Artilleriekampf zu stärkstem Trommelfeuer an. Bald darauf brachen hinter der Feuerwand her auf 30 Kilometer Frontbreite die englischen Einheiten, vielfach von Panzerkräften begleitet, zum Angriff vor.

Unser Verwundetentransport empfing sie und zwang sie vielerorts zum verlustreichen Weichen. An anderen Stellen wogte der Kampf erbittert hin und her; wo der Feind Boden gewonnen hatte, warf unsere todesmutige, angriffsstrenge Infanterie ihn in kraftvollem Gegenstoß zurück; die westlichen Vororte von Lens, Arras, Dün, Gassel, Noeux und Guémappes waren Brennpunkte des harten Ringens, ihre Namen nennen Heldenstaten unserer Regimenter aus fast allen deutschen Gauen zwischen Meer und Alpen!

Nach dem Scheitern des ersten Stoßes über das Reichsland vor unseren Linien, mit besonderer Wucht auf beiden Scarpe-Üfern, gegen Abend ein zweiter großer Angriff mit neuen Massen ein. Auch seine Kraft brach sich an dem Helmenut unserer Infanterie, teils im Feuer, teils im Nahkampf, und unter der vernichtenden Wirkung unserer Artillerie! Nur an der Straße Arras-Cambrai gewann der Feind um wenige hundert Meter Raum, die Trümmer von Guémappes sind ihm verblieben.

Wie an der Aisne und in der Champagne, so ist hier bei Arras der feindliche Durchbruchversuch unter ungeheuren Verlusten gescheitert.

Englands Macht erlitt durch die Vorausstöße deutscher Infanterie und den jähren Siegesstößen unserer Truppen eine schwere, blutige Niederlage.

Die Armee sieht voll Zuversicht neuen Kämpfen entgegen.

Am den Erfolgen der letzten Schlachten hat seinen besonderen Anteil jeder Deutsche, Mann oder Frau, Bauer oder Arbeiter, der sich in den Diensten des Vaterlandes stellt, seine Kräfte einsetzt für die Versorgung des Heeres.

Der deutsche Mann an der Front weiß, daß ein jeder dahinter seine Schuldbiligkeit ist und zahllos Mühen, um ihm draußen in der Schwere des Kampfes auf Leben und Tod, um Sein oder Nichtsein, beizustehen!

Bei den andern Armeen der Westfront und auf den übrigen Kriegsschauplätzen keine großen Kampfhandlungen.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 24. April, abends. (Mitteil.)

Nordöstlich von Arras wird tagüber um Soureffe gekämpft; längs Straße Arras-Cambrai haben abends neue englische Angriffe eingesetzt.

Truppenmeldungen bestätigen übereinstimmend die gestrigen Berichte der Engländer als „unerhörbar hoch“.

An der Aisne und in der Champagne wechselnd starkes Feuer.
Am Esen nichts Wesentliches.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 24. April. (Mitteil.) wird verlautbart:
Nirgends besondere Ereignisse zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 21. auf den 22. April hat eine unsere Notlandung in der Drauf-Strasse einen italienischen Dampfer von etwa 1300 Tonnen versenkt. Feindliche Streitkräfte wurden nicht gefischt.
Notkommando.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Verhandlungen über Kriegszulagen im Baugewerbe.
Die am 19. April 1917 in Berlin tagende 18. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Hauptversammlung ist damit einverstanden, daß seitens des Bundes mit den Arbeitersentralverbänden über eine Erhöhung der im Mai 1916 vereinbarten Kriegszulagen verhandelt wird. Als Verhandlungsausschuss werden die drei Vorsitzenden des Bundes bestimmt und zum Abschluß einer neuen Vereinbarung bevollmächtigt.

Daß auch im Baugewerbe Teuerungszulagen dringlich nötig sind, ist angesichts der ständig gestiegenen Lebensmittelpreise nicht weiter zu betonen.

Der Siebenschuh-Ladenschluß.

In Berlin haben am Montag zwei Versammlungen die vom Bundesrat geplante Wiedereinführung des Achtuhr-Ladenschlusses strikt abgelehnt. Eine dritte Versammlung konnte wegen nicht-ordnungsgemäßer Anmeldung nicht abgehalten werden. Eine Kommission wurde beauftragt, sofort beim Bundesrat vorstellig zu werden. Die Berliner Blätter berichten, daß die Wiedereinführung des Achtuhr-Ladenschlusses bis auf weiteres vertagt worden sein.

Lohnbewegung der Lodenwalder Textilarbeiter. Die Textilarbeiter von Lodenwalde haben auf die ungenügenden Zustände der Textilfabrikanten beschloßen, in allen Betrieben zu kündigen.

Aus der Partei.

Wie ich beinahe nach Chemnitz gekommen wäre!
Aus der Leipziger Volkszeitung erfahre ich mit einiger Verwunderung, daß ich erst zum Nachfolger Heilmanns in Chemnitz gewählt, dann aber gleich wieder abgesetzt worden bin. Ich wurde durch Herrn Arnold abgelöst.

Es trägt vielleicht zur Verwunderung bei, wenn ich mitteile, daß ich mich niemals um den Redaktionsposten in Chemnitz beworben habe.

Meine Beziehungen zu der Angelegenheit bestehen lediglich darin, daß aus den Kreisen der Chemnitzer Preßkommission ein paarmal bei mir „angeführt“ worden ist, wie ich mich zur Nachfolge Heilmanns stellen würde. Schließlich fand ich — nach meiner Rücksprache aus Gotha — ein Schreiben vor, in dem mir dringend geraten wurde, mich zu bewerben, da die Preßkommission für mich sei. Diese Bewerbung habe ich unterlassen, und mich begnügt, dem Verfasser zu antworten — nur diese paar Zeilen:

Durch den Gothaer Beschluß erledigt sich — wie mir scheint — auch Ihre Anregung. Nur wenn die Volkstimme (was ich allerdings lebhaft begrüßen würde) in ein Organ der Opposition verwandelt würde, läme meine Person als leitender Redakteur in Betracht. Sonst ist es unmöglich.

Es geht daraus hervor, daß ich allerdings — aus den triftigsten Gründen — ein lebhaftes Interesse daran hatte, daß ein neues Organ der Opposition gewonnen würde, und daß ich nur deshalb meine Person zur Verfügung stellte. Die Preßkommission konnte, nach meinem unzweideutigen Brief, nur dann meine Person in Vorschlag bringen, wenn sie zugleich die Erfüllung der Vorbedingung beschloß, die Volkstimme zum Organ der sozialdemokratischen Opposition umzuwandeln.

Ich hielt mit meiner Ablehnung der Bewerbung in meiner Antwort die Sache für erledigt, habe auch nichts mehr von Chemnitz gehört.

Nun erfahre ich, daß man von mir auf Arnold kam, also von der Opposition gegen den Reichsminister Sozialismus zur Opposition gegen die Sozialdemokratie überhaupt. Es wird interessant sein, zu erfahren, wie sich Herr Arnold zur Übernahme dieses Partei-amts stellt, nachdem er die wirkliche (durch die Kandidierung meiner Person bekundete) politische Bestimmung der berufenen Parteivertreter kennen gelernt hat.

München, 23. April 17. Nur: Eisner.

Der Volksfreundraub in Braunschweig und die Gewerkschaften.

Der Mannerv Heinrich Kiele und der Pagenhaller Frh. Oskar von Dörfel gehören dem Bauarbeiterverband, bzw. dem Fabrikarbeiterverband als Mitglieder an. Beide Verbände nahmen in der letzten Woche Stellung zu der Haltung der beiden Herren als Firmenträger des Volksfreunds. Kiele und Oskar von Dörfel haben bekanntlich den Volksfreund, entgegen dem Willen der Braunschweiger Arbeiterkassen, dem Parteivorstand in die Hände gespielt. Kiele, der Ehrenmitglied des Bauarbeiterverbandes war, wurde von der Bauarbeiterversammlung einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Der Beschluß ist durch Anseher in der bürgerlichen Presse Braunschweigs bekanntgegeben worden. Gegen Oskar von Dörfel nahm der Fabrikarbeiterverband Stellung und zugleich gegen den Pagenhaller Kiele, der bei dem Volksfreundraub in wehrlicher Hinsicht mitgewirkt hat. Die von über 400 Personen besuchte Mitgliederversammlung nahm einstimmig den Antrag an, die beiden Herren aus dem Verbande auszuschließen. Diese Versammlung beschloß zugleich, auf die nächste Landesordnung den Antrag zu legen, an Stelle der gewerkschaftlichen Pressezeitung die Gleichheit für die weiblichen Mitglieder des Verbandes einzuführen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Kündigung der Bureauräume im Volksfreundhaus und der Kapitolien am Volksfreundgeschäft einverstanden und beschloß, dem Volksfreundgeschäft keinerlei Druckaufträge mehr zu überweisen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften war von dem Gewerkschaftsartikel Braunschweig um einen Zuschuß von 1000 Mk. vierteljährlich zur Erhaltung des Bezirks-Arbeitersekretariats nur für die Dauer des Krieges angegangen. Sie erklärte, mit den Mitteln der Arbeiter haushälterisch umgehen zu müssen, den Zuschuß nicht bewilligen zu können, sie sei aber bereit, das Bezirkskartell ganz auf ihre Kosten zu übernehmen, womit sie selbstverständlich auch das letzte Wort in allen Angelegenheiten des Sekretariats, auch in der Personenfrage, zu sagen habe. Die Arbeiter konnten es nicht verstehen, daß es haushälterisch genannt werden könne, einen Zuschuß von höchstens 1000 Mk. abzulehnen und dafür die Kasse der Generalkommission, d. h. die der Gesamtarbeiterkassen Deutschlands, mit Zehntausenden von Mark laufender Ausgaben zu belasten. Das Gewerkschaftskartell und die Gewerkschaftsvorstände schienen den Vorschlag der Generalkommission einstimmig ab, weil sie vermuteten, daß die Generalkommission sich mit dem von ihr ausgehaltenen Bezirksarbeitersekretariat eine Stelle schaffen will, von der aus sie ihren Einfluß auf die Braunschweiger Arbeiterkassen ausüben will. Dann wozu Zehntausende ausgeben, wenn man mit etwa 4000 Mk. auskommen kann?

Die Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes beschloß, ihren Hauptvorstand zu beantragen Beschwerde wegen solcher unnützen Ausgaben zu erheben.

Der Metallarbeiterverband beschloß gleichfalls einstimmig, für seine weiblichen Mitglieder die Gleichheit statt der Frauenzeitschrift der Generalkommission einzuführen.

Zur Page im 14. Wahlkreise (Vorna-Vogau).

Der Kreisvorstand hat entschieden: Bei Am 9. April 1916 stellte sich die Kreisversammlung in Vorna mit Mehrheit auf die Seite der Arbeitergemeinschaft, zur Reichskonferenz wurde ein Vertreter der Opposition gewählt, trotzdem der Redakteur der Muldenaler Volkszeitung mit Aufbietung der gesamten Augenkraft das Unglück abzumenden versuchte. Auch auf der „Sonderkonferenz“ am 7. Januar 1917 war der 14. Kreis vertreten. Nun sollte die Kreisversammlung am 4. März 1917 den Gewalttat seiner beiden Ratadore Bahrdt und Schuberth aufheben, die in Dresden die Opposition „außerhalb der Partei“ gestellt hatten.

Mit einem Aufsatze von Großstädter Delegierten, das in keinem Verhältnis zur Mitgliederzahl steht, sollte das Kunststück fertiggebracht werden: Gradnauer und Ullrich waren von Dresden zur Hilfe herbeigeholt worden und die Redezeit der Delegierten wurde auf 20 Minuten beschränkt. Sieben Ortsgruppen waren nicht vertreten und die Delegierten einer Ortsgruppe waren schon vor der Abstimmung abgereist. So wurde mit einer Stimme Mehrheit die Vertrauensresolution für die Instanzenpolitik angenommen. Bahrdt und Schuberth hatten geflüchtet, machten aber erst recht ein hartnäckiges Geschäft; sie hatten wohl auf größeren Erfolg gehofft! Auf eine Anfrage, was man geschehen solle, erwiderte Schuberth, es ließe alles beim alten.

Trotzdem arbeitet man in Großstädte eifrig, will die Chemnitzer Volkstimme an Stelle der eigenen Zeitung einführen, verbreitet in Massen die Mitteilungen der Leipziger Durchhalter und drängt die Massen Kochs, die seit 15 Jahren die Beiträge liefert, aus dem Kreisvorstand, lehnte aber das Verlangen vieler Ortsgruppen nach Einberufung einer neuen Kreisversammlung höflich ab.

Nicht regen sich nun die Ortsgruppen. Möglichst entscheidet gegen seinen Delegierten und erkennt den Beschluß der letzten Kreisversammlung nicht an, damit ist schon die Mehrheit der letzten Kreisversammlung gesichert.

In Großstädte, am Tage des Reichstagsvorstands, wurde in einer Mitgliederbesprechung beschlossen, eine neue Ortsgruppe zu gründen, die der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei beitrete. 50 Mitglieder erklärten ihren Beitritt und wählten einen provisorischen Vorstand.

Die Ortsgruppen Künzendorf, Nachsburg und Regis-Weitzingen beschloßen in ihren Mitgliederversammlungen einstimmig ihre Zugehörigkeit zur neuen Partei, der U. S. D., und verurteilten das Gebahren des Kreisvorstands entschieden. Mit diesem Beschluß lösten sie jede Verbindung mit ihm.

Auch die übrigen Ortsgruppen werden in nächster Zeit Stellung nehmen und dann wird hoffentlich dem alten Kreisvorstand die Mühe und Aufregung einer neuen Kreisversammlung erspart bleiben.

Der Zusammenschluß der unabhängigen Ortsgruppen zu einer Kreisorganisation ist in Vorbereitung, zur Erklärung der demokratischen Grundrechte der Mitglieder ist bereits vorgeschlagen, dem neu zu wählenden Kreisvorstand aus Genossen mehrerer Ortsgruppen zusammenzusetzen.

Bald wird nun Schuberth, seinem Beschluß in Dresden folgend, zu der Gründung von Gegenorganisationen im 14. Kreise nach dem Buhlsche Leipziger Muster schreiten, mit dem Leipziger Mitteilungsblatt wird schon der Boden mit Kundtungen bearbeitet. Wir wünschen guten Erfolg.

Opposition in Brandenburg.

Der sozialdemokratische Wahlverein zu Brandenburg hatte für Montag eine Mitgliederversammlung einberufen, in der besonders eine Besprechung über die allgemeine Lage erfolgen sollte. In der Einladung hieß es: „Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre werden besonders gebeten, in dieser Versammlung zu erscheinen.“ Dieser Aufruf war auch geteilt worden, aber die Einberufung, denen an dem Besuch der Funktionäre mehr gelegen sein mußte als an dem der Arbeiter, sahen sich in ihrer Hoffnung getäuscht, die Mehrheit der Versammlung bestand zweifellos aus Oppositionellen. Nach einem langwierigen Referat über die Sitzung des Parteiausschusses verlangte ein Genosse, daß dem auf Einladung mehrerer Genossen anwesenden Genossen Bogtner das Wort erteilt werde. Hierüber entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, deren Nebengewicht aber zur Annahme dieses Antrags neigte. Der Vorsitzende erkannte diese Gefahr rechtzeitig und im geeigneten Augenblick erteilte er weiteren Rednern gar nicht das Wort, sondern erklärte, unter diesen Umständen die Versammlung nicht weiterlegen lassen zu können, und schloß sie. In dem darauf folgenden Tumult kam erst recht zutage, daß unter der Brandenburger Genossen eine starke Opposition vorhanden ist, die demnächst aus diesem Vorkommnis die nötigen Konsequenzen ziehen dürfte.

Wilhelm Dikamp, Redakteur der Essener Arbeiter-Zeitung, ist im Alter von 19 Jahren an einer Minderlebenszeit erkrankt. Dikamp, der in seinem ersten Beruf Tischler war, hat seit dem Ende der 80er Jahre im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die Ausbreitung der Arbeiterbewegung gewirkt. An der Schaffung eines eigenen Parteiblattes in Essen, wo sehr große Schwierigkeiten zu überwinden waren, hatte er einen hervorragenden Anteil.

Eingelaufene Schriften.

Die Woche, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Vorwärts (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 3 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lenk, M. d. N.: Rahender Friede. Heinrich Cunow: Die Sozialreformbewegung im Weltkrieg. Hermann Wenkel, M. d. N.: Der bürgerliche Charakter der französischen Revolution. Kurt Bising: Der Empfangniszwang. Hermann Mattulat: Aussichten der Sozialreform. Max Sachs: Arbeiterkassen und Wandervereinigungen. Joachim Kaiser: Käthe Kollwitz. Ernst Kinschlag: Eine Wagenfahrt. Bruno Pictel: Aufzeichnung. Solar Maria Graf: Besprechung. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3.50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

(Weitere Parteinachrichten siehe 1. Beilage.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Dörmann
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Lehmann
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Regelung d. Butterverbrauchs in den drei Versorgungswochen vom 1.-7., 8.-14. und 15.-21. Mai 1917.

I. Verbrauchsmaß.
In den drei vorgenannten Wochen werden zugeteilt:
1. auf die Marken N, O und P der Landesfettkarte und die Buttermarken für Militärurlaub und Besuchsfremde je 50 Gramm Butter,
2. auf die Sonderbuttermarken die aufgedruckte Menge Butter.

Der Preis der Butter bei der Abgabe an die Verbraucher wird rechtzeitig vor der Ausgabe bekanntgegeben werden.

III. Verteilungsordnung für die drei Wochen.

	Woche vom 1.-7. Mai	Woche vom 8.-14. Mai	Woche vom 15.-21. Mai
1. Bedarfs-Anmeldung und Abgabe der Buttermarken durch die Verbraucher bei dem Kleinhändler bis spätestens	Sonabend den 28. April (Landesfettkarte N, Sondermarke f. 1.-7. Mai)	Sonabend den 5. Mai (Landesfettkarte O, Sondermarke f. 8.-14. Mai)	Sonabend den 12. Mai (Landesfettkarte P, Sondermarke f. 15.-21. Mai)
2. Entnahme der Bezugskarten in der Bezugshandlung durch die Kleinhändler nach der bekannten Ordnung	Montag, den 30. April	Montag, den 7. Mai	Montag, den 14. Mai
3. Abgabe der Bezugskarten durch die Kleinhändler beim Großhändler nach der bekannten Ordnung	Diens- tag	Diens- tag	Diens- tag
4. Ablieferung der Bezugskarten durch die Großhändler in der Bezugshandlung nach der bekannten Ordnung	1. Mai	8. Mai	15. Mai
5. Beginn der Butterabgabe an die Verbraucher bei den Kleinhändlern	Sonabend, den 5. Mai	Sonabend, den 12. Mai	Sonabend, den 19. Mai

IV.
Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Speisefetten vom 7. Oktober 1916 findet allenthalben entsprechende Anwendung.
Leipzig, am 23. April 1917. Kr.-E.-A. III.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Goldankaufsstelle

im Grassimuseum am Königsplatz
geöffnet Werktags von 9-1 Uhr
und 1/4-6 Uhr.

Ankauf von Gold jeder Art.
Sofortige Barzahlung zu vom
Reich festgesetzten Preisen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der §§ 12 und 17 Ziffer 2 der Bekanntmachungen über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. Septem. er und 4. November 1915 wird hierdurch folgendes angeordnet: Wer im Bezirke der Stadt Leipzig Handel mit Kohlen oder Briketts betreibt (Kohlenhändler), ist verpflichtet, bis zum 7. Mai dieses Jahres anzugeben:

1. welche Mengen Kohlen und Briketts er in der Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 bezogen hat,
 2. wieviel er hiervon an Wiederverkäufer geliefert hat,
 3. wieviel er hiervon an Seereslieferanten oder unmittelbar für Seereszwecke geliefert hat,
 4. wieviel er für andere Industrie-, Handels-, Gewerbe- oder sonstige Betriebe geliefert hat,
 5. wieviel er für Hausbrandzwecke in größeren Mengen zugeführt hat,
 6. wieviel er für Hausbrandzwecke im Kleinhandel abgesetzt hat.
- Diese Anzeigen sind auf Vordrucken zu machen, die, soweit sie den Händlern nicht bis zum 28. April dieses Jahres durch die Post zugegangen sind, bei der Kohlenverteilungsstelle des Rates, Ritterstraße 28, II, während der Geschäftszeit zu entnehmen sind. Bei dieser Stelle sind auch die ausgefüllten Vordrucke bis zum 8. Mai dieses Jahres einzureichen.

Hilfswirkend vom 1. April dieses Jahres ab hat jeder Kohlenhändler ein Lagerbuch zu führen, aus dem die Ein- und Ausgänge, letztere nach der oben unter 2-6 genannten Verwendungsorten getrennt, ersichtlich sind. Das Lagerbuch ist sorgfältig auf dem Laufenden zu halten und dem mit der Nachprüfung beauftragten Beamten der Kohlenverteilungsstelle mit allen sonst von ihm geforderten Unterlagen auf Verlangen jederzeit vorzulegen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis 1500 Mk. bestraft.

Leipzig, am 25. April 1917.
Kohl-Vert.-St. Nr. 6. Der Rat der Stadt Leipzig.

Wanderung des Weizenmehlpriees.

Vom 26. April 1917 an beträgt der Preis für Weizenmehl bei der Abgabe an die Verbraucher 23 Pfg. für 1 Pfd. (1/2 kg).
Der in der Bekanntmachung über Wanderung der Mehl- und Brotpreise vom 23. Dezember 1916 angeführte Kleinhandelspreis für Weizenmehl von 20 Pfg. für 1 Pfd. tritt mit Ablauf des 23. April 1917 außer Kraft.
Kr. H.-A. I.
Leipzig, am 25. April 1917.
Der Rat der Stadt Leipzig.

5 St. B 116/10.

Bekanntmachung.

Das königliche Schöffengericht Leipzig hat am 13. Januar 1917
den Obsthändler Georg Kappe und dessen Ehefrau Martha Lina Kappe beide in Leipzig, Nordstraße 45, wohnhaft, wegen gemeinschaftlicher Zuwiderhandlung gegen die §§ 2, 4 der Bekanntmachung des Reichsanwalters über die Höchstpreise für Zweifeln vom 29. August 1916 und zwar Kappe zu 180 Mark Geldstrafe ersatzweise 18 Tagen Gefängnis und die verehel. Kappe zu 180 Mark Geldstrafe ersatzweise 18 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt und die 3. Strafkammer des königlichen Landgerichts Leipzig als Berufungsgericht durch Urteil vom 31. März 1917 die Veröffentlichung des Urteils angeordnet.
Gerichtsschreiberei des königlichen Landgerichts Leipzig Abteilung III A. 3.

Gemeindeparkasse Debsch-Marktleeberg.

Geschäftsstellen:
Leipzig
Gemeindeparkasse Debsch
Rade Staats- und Straßen-
bahn. Fernsprecher: 26 771.
Postfachkonto
Leipzig 14 909.
Einlageguthaben: 10 000 000 M.
Zinssatz 3 1/2 %. Tägliche Verzinsung.
Geschäftszeit: 8-1 und 2-5, Sonnabends 8-2 Uhr.

Gemeinde-Sparkasse Liebertwolkwitz.

Unter Verwaltung der Gemeinde.
Einlageguthaben: 18 352 757 Mark 43 Pfg.
Rücklagen: 1 066 000
Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.
Kostenlose Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Geschäftszeit: Montags bis Freitags vormittags von 8-12 1/2 und nachmittags von 2 1/2-4 Uhr.
Sonnabends nur vormittags von 8-12 1/2 Uhr.
Geschäftszeit der Zweiggeschäftsstellen:
Leipzig: jeden Tag.
Probstheida (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn): jeden Tag.
Göhren: jeden Tag.
Zweinaundorf: Montags bis Freitags vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr, Sonnabends von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr.
Giro-Konto bei der Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden in Leipzig und bei dem Giroverband Sächsischer Gemeinden. Postfach-Nr. 11 290.

Metallarbeiter

Am Donnerstag, dem 26. April 1917, abends 7 1/4 Uhr

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung

im Volkshaus, Zeltner Straße 32.
Tagesordnung:
Erläuterung zu dem abgeschlossenen Vertrag.
Sämtliche Vertrauensleute und Arbeiterauschussvorsitzenden oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, die Vertrauensmänner-Versammlung unbedingt zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinderverband Zahlstelle Leipzig.

Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr

General-Versammlung

im großen Saale des Pantheons, Dresdner Str.
Vortrag des Kollegen Eugen Brückner-Berlin über:
Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter

Verband

Die Mitgliedschaft hat allen Metallarbeitern unentgeltlich zur Verfügung zu stehen. Die Mitgliedschaft ist für die Dauer der Mitgliedschaft im Bureau wieder anzumelden, wenn sie nicht durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte verliert gehen wollen.
Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen müssen sich ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau wieder anmelden, wenn sie nicht durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte verliert gehen wollen.

Verpflichtete Hauselgen

Steuerzahler

Auch auswärtige, reklamieren wirksam und diskret durch Steuerbüro P. Graf
Leipzig, Grimm, Steinweg 14
9-1, 9-7, Sonntag 9-1. Tel. 17484.

Untersuchungen & 1.4
Spezial-Blut
Pelikan-Drog. Leipzig
Nikolaistraße, Ecke Brühl.
Sprechzeit: Donnerstags 9-12
u. 2-7, Sonntags 11-1/2, 1 Uhr.

Arbeitsmarkt

Erdarbeiter

auch Arbeiterinnen, werden für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Zu melden ab 9 Uhr bei E. Thiele, Anschlussfeld am Bahnhof Neuwiederlisch, Radefeld w. Verg.

Kräftige Platzarbeiter

werden eingestellt.
Aktien-Gesellsch. f. Beton-u. Monierbau
Lindenan, Beckerstr. 3.

Tüchtige Packer u. Packerinnen

sind sofort gesucht
Buchhändlg. Gustav Fock
Schloßgasse 7/9.

Laufbursche

wird gesucht.
Lauthner Str. 45.

Kräftige Arbeitsfrauen

werden eingestellt.
Aktien-Gesellsch. f. Beton-u. Monierbau
Lindenan, Beckerstr. 3.

Am sofortigen Eintritt
suche
Kräftige
Arbeiterinnen
B. Sudowicz
Zünger Straße 71, 2. Hof.

Öffentl. Versammlung

Freitag, den 27. April 1917, 8 Uhr abends, im
— Bühnensaal des Leipziger Centraltheaters —
Thomastorg 19

Vortrag

des Herrn Dr. Paul Barth, Professor der Philosophie an der Universität Leipzig
Die Idee der vereinigten Staaten Europas.
Männer und Frauen, die sich für die Völkervereinigungen interessieren, sind herzlich eingeladen.
— Eintritt unentgeltlich. —
Zentralstelle Völkervereinigung, Zweigstelle Leipzig.

Keine Banze mehr für Mk. 1.50

(sehr beste Zeit der Brautwerbung) nur mit Nicodan I und II zu erzielen. 10 Jahre Garantie für die mit Nicodan behandelten Gegenstände. Original-Doppelwandung Mk. 1.50. Fabrikant: Kammerjäger R. Berg, Dresden. Allein zu haben bei
Albert Zander, Leipzig, Klostersgasse 11.
Geschützt. Erfolg verblichend. Genaue fachm. Anleitung. Bei Einlieferung v. Mk. 1.90 portofr. Zusendung nach auswärts.

1000 Ulster

Ueberzieher und Anzüge stehen durch wiederum günstige Abschlüsse von geliebten und erstklassigen Herren-, Jünglings- u. Knaben-Anzügen, Polerinnen und Joppen zum Verkauf.
Frau- und Gesellschaftsanzüge werden auch preiswert vertrieben.
J. Kindermann
Leipzig, Salzschleichen 11.
Eingang Süderladen.
Begr. 1880.

Gebisse bis 20 Mark

Nur Donnerstag, d. 26. April, von 9-1 und 3-6 Uhr, im Hotel Schindler, Schützenstraße 1, Zimmer Nr. 1, 1. Stock.
Kathausmann & Singer
Kempten (Allgäu).
Berechtigte Einkäufer.
Platin 7.00 Mk. pr. Gr.

Trauringe

massiv
von
Gustav Kaniss
Trauerer Straße 6.
10 Proz. Rabatt.

Mehrere tüchtige, ältere
**Motoren-Schlosser
und Chassisbauer**
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Benzwerke Gaggenau
Röderstraße Str. 20.

Mechaniker u. Werkzeugschmied
sowie gesucht
Walter Loebel, Maschinenfabrik, L.-Schleußig
Könneritzstraße 43.

Klempner

für unsere
Automobil-Laternen-Abteilung
gesucht.
Hugo Schneider Aktiengesellschaft
Leipzig-Paunsdorf.

Tüchtiger Lackschreiber

welcher flott und sauber schreiben kann; gesucht.
Bewerbungen schriftlich oder persönlich von
10-12 oder 5-7 Uhr im Personal-Bureau
Theodor Althoff, Leipzig.

Tüchtige Gartenfrauen
sind sofort gesucht.
Zoolog. Garten.
Gr. saub. Schulmädchen
als Aufsichtung gesucht.
Großschlocher, Hauptstr. 41
(Zigarren-Geschäft).

Ausgebildete f. u. a. fernende
Bügerinnen
sucht
Färberei Adler
S.-Dörferstr. 10/12
Saub. kräft. Mädchen
zum 15. Mai gesucht.
Ei, Werseburger Str. 137.

Familien-Nachrichten

Verichtigung.
In der gestrigen Todesanzeige Bruno Klauß
muss es heißen 1/2 12 Uhr v. Trauerhause nicht 1/2 2 Uhr.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Vaters
Wilhelm Witte
sagen wir allen Beteiligten unsern tiefgefühltesten Dank. Besonders danken wir dem Ortsverein See-
bentisch, dem Turnverein Gärnig sowie den Ehe-
den Kollegen und Kolleginnen der Firma Weier &
Weigelt für die erwiesene Teilnahme.
1917] **Anna verw. Witte und Kinder.**

Deutscher Metallarbeiter-Vorband.

Verwaltungsstelle Markranstädt.
Am Freitag, dem 20. April, verschied nach
schwerer Krankheit in Seebentisch unser Kollege,
der Former
Wilhelm Witte.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
1917] **Die Ortsverwaltung.**

Nach kurzem aber schwerem Leiden verschied
am 23. April unser lieber Vater, Schwiegervater
und Großvater, Herr Privatmann
Herr Hermann Kremser
im 71. Lebensjahre. Sein Leben war Arbeit und
Liebe. In tiefstem Schmerz
Leipzig-Co., Bornaische Straße 30
Rudolf Kremser u. Frau Klara geb. Weber
Wilh. Kremser u. Frau Helene geb. Lindemeyer
nebst allen Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, den 27. April,
vormittags 9 Uhr, von der Kapelle des Johannis-
stiftes, Liebertstraße 40, aus statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. April.

Geschichtskalender: 25. April 1533: Wilhelm I., der Schweizer, erster Statthalter der Niederlande und Gründer ihrer Unabhängigkeit, auf Dillenburg in Nassau geboren († 1584). 1595: Der Ital. Dichter Torquato Tasso in Rom gestorben (1544). 1599: Ottavio Cromwell in Dunningdon geboren († 1658). 1744: Der Astronom Anders Celsius in Uppsala gestorben (* 1701). 1850: Durchbruch der Landenge von Suez (Baubeginn). 1874: Gualtiero Marconi, Erfinder der drahtlosen Telegraphie, in Griffone bei Bologna geboren. 1907: Der Romanautor Robert Schindler, Sozialist, gestorben. 1915: Große Arbeiterdemonstration gegen Lebensmittelverteilung in Rotterdam.

Sonnenanfang: 5,44, Sonnenuntergang: 8,13. Monduntergang: 12,14 vorm., Mondanfang: 7,38 vorm.

Zur Eierverjorgung.

M. K. Die Grundfrage, auf denen die Eierverjorgung der Bevölkerung nach der Eierverordnung vom 12. August 1916 aufgebaut worden ist, legen den durch die Zählung vom 1. Dezember ermittelten gesamten Hühnerbestand der einzelnen Bundesstaaten zugrunde. Von dem ermittelten Gesamtbestande werden 80 v. H. als Legehühner, 20 v. H. als Dähne und alle Hühner angesprochen. Von dem als Legehühner angenommenen Bestande glaubt man durch geeignete Sammelrichtungen von Hühnern jährlich 30 Eier erfassen zu können, was sicher nicht zu hoch gegriffen ist, da ein Huhn von Durchschnittsleistung selten weniger als 80-100 Eier im Jahre legen wird. Mit dieser als erfassbar angenommenen Eiermenge ist zunächst der Bedarf von Heer und Marine, sowie der Sonderbedarf der Kranken- und Lazarette sicherzustellen, so daß nach deren Befriedigung auf den Kopf der brotverjorgungsberechtigten Bevölkerung ein Jahresdurchschnitt von 20 Eiern zu je vier Wochen zur Verfügung steht. Damit ist nun aber durchaus nicht gesagt, daß nur alle 14 Tage ein Ei gegeben werden darf und kann, denn wenn es einem Bundesstaat durch geschickte Organisation gelingt, mehr wie die 30 obligatorischen Eier vom Huhn zu erfassen, so hat er dadurch die Möglichkeit zu einer besseren Eierverjorgung der Bevölkerung.

Die Verrechnung und Verteilung der von den einzelnen Bundesstaaten auf Grund der nach vorstehenden Grundfragen abzuleitenden Eier erfolgt nach der Weisung der Reichsstelle für Nahrungsmittel und Eier, dahingegen bleibt den einzelnen Bundesstaaten die weitere Verteilung der ihnen zugewiesenen Eier vollkommen überlassen. Sie werden daher in der Regelperiode mehr Eier ausgeben können und wollen, wie im Winter und dadurch eine Fürsorge für den Winter ermbilichen oder gegebenenfalls auch selbst durch Konservierung für die Wintermonate eine Reserve schaffen können.

Bei der Erfassung der Eier wurde es im allgemeinen als zweckmäßig erachtet, von einer Anwendung von Zwang gegen die Geflügelzüchter möglichst abzugehen, da hier die drohende Gefahr einer Verabminderung des Geflügelbestandes in sich birgt und man erwarten kann, daß geschickten Käufern Organisationen die Erfassung der Eier auch so gelingen wird.

In den verschiedenen Bundesstaaten haben sich natürlich verschiedene Arten der Eiererfassung entwickelt, von denen die Sammlung durch angestellte Käufern, die verbreitetste ist. Hierbei wird für jeden der vom Kommunalverband festgelegten Bezirke ein Käufern bestellt, welcher die Verpflichung hat, jeden Geflügelhalter seines Bezirkes wöchentlich mindestens einmal zu besuchen. Die aufgekauften Eier hat er restlos an die Sammelstellen des Kommunalverbandes abzuliefern, die sie ihrerseits der Reichsstelle des Regierungsbezirkes auszuliefern hat. Mangelhafte Erfolge der Käufern haben Entziehung der Vorkauf als solche zur Folge.

Sehr bewährt haben sich auch die freiwilligen Sammelrichtungen durch Schulmutter unter Leitung der Lehrer, der Hausfrauen- und Frauenvereine, landwirtschaftlicher Orts- Bezugs- und Abgabvereine, ländlicher Darlehnskassen, Eierverteilungsvereine usw., wobei sich die Gewährung kleiner Sammelprämien in irgendeiner Form als wirksamstes Mittel zur Erhöhung des Sammelerfolgers erwiesen haben. Selbstverständlich übernehmen die freiwilligen Sammelstellen alle Pflichten der bestellten Käufern, sowohl bezügl. der Sammlung wie der Ablieferung.

Eine dritte Form der Eiererfassung ist der Verkauf durch den freien Handel, der natürlich der besonderen Genehmigung bedarf und sich an die Weisungen der Reichsstelle des Kommunalverbandes oder des Regierungsbezirkes hinsichtlich der Preise, der Buchführung und der Anzeigen über die gesammelten Mengen und über ihre Ablieferung streng zu halten hat, im übrigen aber innerhalb des Kommunalverbandes frei aufkaufen darf.

Die süddeutschen Bundesstaaten endlich haben das Verfahren der Eiererfassung gewählt. Hierbei legen die oberen Verteilungsbehörden immer wieder die ihnen auferlegte Eiermenge auf die unteren Stellen bis herab zur Gemeinde nach Maßgabe des Hühnerbestandes um. Den Gemeinden bleibt es überlassen, auf welche Art sie die Geflügelhalter zur Abgabe der Eier anhalten will, jedoch müssen sie ihrer Eiererfassungspflicht bis zu einem bestimmten Termine nachkommen.

Die größte Schwierigkeit verursacht zur Zeit der Transport der gesammelten Eier infolge Fehlens von geeignetem Verpackungsmaterial. Angesichts der außerordentlichen Anforderungen der Rüstungsindustrie an alles Holz und Eisenmaterial ist eine nur sehr schwer zu überwindende Knappheit an Eiermaterial aufgetreten. Die Behörden bemühen sich, diesem Mangel nach Kräften zu steuern, so daß auch hierin in Kürze eine Besserung zu erwarten ist. Immerhin haben die Kommunalverbände von den Landesstellen die Ermächtigung erhalten, durch Beförderungshindernisse in die Gefahr des Verderbens geratene Eiervorräte an ihre verjorgungsberechtigten Verbraucher zu verteilen.

Unverlaubte Herstellung von Seifen.

In der letzten Zeit mehren sich die Klagen darüber, daß große Kreise des Publikums, insbesondere die Landbevölkerung, die Herstellung von Seifen selbst übernehmen. Dabei werden vielfach Butier, Rohseife aus Hausabfällungen sowie andre für die Ernährung geeignete Fettsäuren verarbeitet und so den Ernährungszwecken entzogen. Die Verarbeitung dieser Fettsäuren zu Seife ist nur dadurch möglich, daß es den Betreffenden gelingt, sich den Besitz von Regnatron in lechter Form oder in Form von Lauge zu verschaffen. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß dieser Verschwendung von wertvollen Fettsäuren in schärfster Weise entgegengetreten werden muß. Die Herstellung von Seife aus pflanzlichen und tierischen Ölen und Fettsäuren ist durch die Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fettsäuren zu technischen Zwecken vom 9. Januar 1916 (RWB. E. 3) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1916 (RWB. E. 705) verboten. Dieses Verbot bezieht sich nicht nur auf die gewerbliche Herstellung, sondern auf jede Herstellung überhaupt. Offenbar ist vielen Kreisen der Bevölkerung dieses Verbot gar nicht bekannt. Regnatron (Natriumhydrat) gehört zu den Giften der Abteilung B des Grund der Beschlüsse des Bundesrats vom 20. November 1894, 17. Mai 1901 und 1. Februar 1906 aufgestellten Verzeichnisses. Solches Gift darf nur von diejenigen Personen abgegeben werden, welche als zuverlässig bekannt sind und das Gift zu einem erlaubten gewerblichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecke benutzen

wollen. Sofern der Abgebende von dem Vorhandensein dieser Verabreichungen sichere Kenntnis nicht hat, darf er Gift nur gegen Erlaubnis abgeben. Diese Bestimmung ist die geeignete Grundlage für eine Kontrolle der Verwendung von Regnatron. Die Verkäufer von Regnatron haben danach nach Lage der Verhältnisse die Verpflichung, solches nur dann abzugeben, wenn eine Bescheinigung über die Art der Verwendung beigebracht wird, und machen sich strafbar, wenn sie dem nicht entsprechen.

Die Abgeplitterten.

In seinem Artikel führt Gerike die Gründe an, die ihn veranlassen haben, sich der abgeplitterten Fraktion anzuschließen. Wie in der Sitzung vom 18. April, so sucht er auch hier, mir die Schuld an der Spaltung der Fraktion zuzuschreiben. Wie war aber der Hergang? In einer Fraktionsitzung vor etwa acht Wochen erklärte Herr Ar., der Parteisekretär Nyssel habe im 13. Kreis gekäuert, daß man sich nun auch mit den Stadtverordneten und den Gemeindevorstellern beschäftigen müsse, dies werde dann, so sagte Herr Ar., wohl so geschehen, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht mehr nach der Fassung und dem Erkenntnis, sondern nach dem Befehl zu Grundfragen beurteilt werden. Er wünschte, daß die Fraktion dazu Stellung nähme.

Ist es wahr — Genosse Gerike — daß ich damals zum Guten geredet habe, um so lange wie möglich den Streit aus der Fraktion fernzuhalten?

Kann sich Genosse Gerike noch des Vorganges vor drei Wochen erinnern, als Ar. nach allen Regeln der „Kunst“ verhindern wollte, daß Genosse Seger zum Hausbesuchplan sprechen sollte? Will er vielleicht bestreiten, daß das aggressive, in Schulmeisterart andeutende Benehmen des Herrn Ar. schon länger zur „reintlichen Schindung“ (a la Dresden) gedrängt hat?

Wir — die Mehrheit — waren aber geduldig und haben alle diese Anmachungen von Ar. u. Co. geschickt. Nun kam aber der Beschluß der Leipziger Parteigenossen, darauf die Artikel des Herrn Ar. in den bürgerlichen Blättern, unterzeichnet: Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Das war des „Guten“ zu viel. Herr Ar. hat weder den Fraktionsvorstand noch die Fraktion befragt, ob er diese Bezeichnung gebrauchen durfte, sondern nach echter Kesselfischer „Demokratie“ den Käufern zu erwidern versucht, als hätte die Fraktion hinter seinem Gekrüchel. So stand die Situation, als ich nach Genossens Gerike das „schwere Geschick“ ausführ, ich glaube es war die höchste Zeit.

Also, Genosse Gerike, lecht muß gestanden werden — Mund spitzmachen gilt nicht — habe ich Dir in der Sitzung schon gesagt, Du halt Dich entschieden, nun wissen die Leipziger Arbeiter, zu wem Du gehörst. Die übrigen Anträge lassen mich kalt, da ich glaube, im Sinne der großen Mehrheit der Leipziger Arbeiter gehandelt zu haben. William Seyer.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 26. April.

Ausgegeben vom Städtischen Kriegsernährungsamt.

Für Haushaltungen. Anmeldung: Eier: Letzter Tag — abzugeben hellbraune Marke B 8 und graue Marke mit grüner 8 von Karte B.

Ausgabe: Kondensierte Milch: Letzter Tag — bestellt mit je zwei Marken 4 E, K und 8 der Protarte 18, 1. Eier: Letzter Tag — bestellt mit hellbrauner Marke B 7 und grauer Marke mit grüner 7.

Mehl: Beginn der Entnahme auf Milbenmarke C 3, 140 Gramm. Für Händler, Graupen und Suppen: Bezugskennzeichnung durch die Kleinhandler bzw. Ödmänner und Abgabe an die Verteilungszentrale für Getreide und Graupen.

Fleisch und Fleischzulage: Bis Mittag 12 Uhr Einreichung der abgegebenen Fleisch- und Bezugskennzeichnungen durch den Fleischer. Kriegsmus: Ausgabe auf Bezugskarten bei H. Kellermann, Moscherstraße 9/10, vormittags 8-12 Uhr Namen mit Anfangsbuchstaben P, T, U, V, nachmittags 2-6 Uhr M und W.

Neue Bekanntmachungen.

Butterverbrauch. Die heutige Ausgabe enthält die Bekanntmachung über die Regelung des Butterverbrauchs für die drei Verjorgungswochen vom 1. bis 7., 8. bis 14. und 15. bis 21. Mai 1917. Der Preis der Butter wird noch bekannt gegeben.

Die Minderung des Kleinhandelspreises für Weizenmehl. Bei der Abgabe von Weizenmehl an die Verbraucher darf künftig nicht mehr als 23 Pfg. für ein Pfund gefordert werden.

Wohnungsnachweis zur Leipziger Mustermesse.

In den Räumen des Thüringer Hofes fand gestern auf Einladung des Reichsamts für die Mustermesse in Leipzig eine Zusammenkunft der an dem Wohnungsnachweis beteiligten Stellen statt, und zwar des Verkehrsvereins Leipzig, seines Vorstands und Wohnungsausschusses, Vertretern des Verbands der Messkaufhäuser, der Hoteliers usw., vor allem aber auch der bei der Beschäftigung der Mietwohnungen ehrenamtlich tätig gewesenen Damen und Herren, die sich zahlreich eingefunden hatten. Herr Professor Dr. Roth als Vorsitzender des Verkehrsvereins dankte für die Einladung und ging kurz auf die Voraussetzungen für das richtige Arbeiten des Wohnungsnachweises, dann aber auch auf die Schwierigkeiten ein, die sich der Unterbringung einer so großen Zahl von Personen im Zeitraum weniger Tage entgegenstellen.

Betont wurde, daß die bestgestellten Kreise weit mehr als bisher sich an der Unterbringung der Messbesucher durch Bereitstellung ihrer Fremdenzimmer usw. beteiligen müßten, da die Ansprüche der teils weit gereisten Messbesucher in vielen Fällen nicht gering sind. Herr Direktor Dr. Köhler machte im Verlaufe des Abends Mitteilungen über seinen Besuch der Messe in Basel, streifte dabei auch den dort eingerichteten Wohnungsnachweis und erbat im übrigen die Unterstützung der Anwesenden und die Veranlassung noch weiterer Kreise bei dem weiteren Ausbau des Wohnungsnachweises. Das Ergebnis der Aussprache wird von dem Wohnungsausschuss des Verkehrsvereins und dem von diesem wieder eingesetzten Unterausschuss weiter verarbeitet werden.

Eine Bekanntmachung über den Kohlenhandel.

Der Rat erläßt heute eine Bekanntmachung über den Kohlenhandel. Danach müssen die Kohlenhändler bis zum 7. Mai angeben, wieviel Kohlen und Brikett sie in der Zeit vom 1. April 1916 bis zum 31. März d. J. bezogen haben, wieviel sie davon an Wiederverkäufer geliefert haben, wieviel an Herstellungsunternehmen, wieviel an Industrie, Handel, Gewerbe- und sonstige Betriebe, wieviel sie für Hausbrandzwecke in größeren Mengen zugefahren haben und wieviel sie im Kleinhandel abgesetzt haben.

Vom 1. April dieses Jahres an hat jeder Kohlenhändler ein Lagerbuch zu führen, aus dem die Ein- und Ausgänge, letztere nach der obengenannten Verwendungsart getrennt, ersichtlich sind. Das Lagerbuch ist sorgfältig auf dem laufenden zu halten und dem mit der Nachprüfung beauftragten Beamten der Kohlenverteilungsstelle mit allen Inpost von ihm geforderten Unterlagen auf Verlangen vorzulegen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis 1500 Mk. bestraft.

Der Rat will sich unterrichten über die Menge Kohlen, die im letzten Jahre nach Leipzig gekommen ist und wie sie verteilt wurde,

erner, welche Menge in Zukunft hereinkommt und wie sie verteilt wird. Das geschieht sicher zu dem Zwecke, eine gleichmäßige Verteilung vorzunehmen. In dem Maße, wie die Erfahrungen auf dem Lebensmittelmarkt so werden, daß dann die wenigen vorhandenen Kohlen noch verschwinden. Ob der Rat den Gedanken nicht erwägt, den Verkauf der Kohlen selbst in die Hand zu nehmen, natürlich unter Ausschluß der Händler. Jedenfalls drängt die Frage zu einer schnellen Lösung, damit die Bevölkerung bald Kohlen bekommt.

Die jungen Bulgaren müssen heim. Die in Deutschland weilenden Bulgaren, die dem Jahrgange 1918 Nr. 4 angehören und zum Militärdienst angelegt sind, werden hierdurch laut Befehl der bulgarischen Regierung aufgefordert, sich sofort nach Bulgarien zu begeben, um sich bei ihren zuständigen Militärbehörden zu stellen und in die Armee einzutreten.

V. Der Sommerfahrplan wird in diesem Jahre nicht am 1. Mai, sondern erst am 1. Juni in Kraft treten.

Zentralstelle für Völkervereinigung. Im August 1916 hat sich unter dem Namen: Zentralstelle für Völkervereinigung ein Verein gebildet. Der Verein bezweckt, Bestrebungen zu pflegen, die auf einen dauernden Frieden und auf eine Verständigung der Völker hinführen. Die Zweigstelle Leipzig des Vereins beruft nun zu Freitag, dem 27. April, abends 8 Uhr, nach dem Zentraltheater eine Versammlung ein, in der Professor der Philosophie Dr. Paul Barth von der Universität Leipzig über: Die Idee der Vereinigten Staaten Europas sprechen wird. Männer und Frauen sind zu der Veranstaltung eingeladen. Der Zutritt ist frei.

H. K. Die Kriegsernährungsabteilung des Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, macht darauf aufmerksam, daß etwaige bei den Firmen noch lagernde Zuschnitte zu Heeresausrüstungsgegenständen, z. B. Tornikern, Probirblei, Zeltzubehörsachen, sowie einzelne Zubehörsachen, wie Lederzuschnitte usw. zum Zwecke der Verwertung beim Wehrstoffmeldeamt der obengenannten Kriegsernährungsabteilung freiwillig unter Verjorgung von Mustern angeboten werden können. Das Angebot hat auf den amtlichen Vordruck, die bei der Vordruckverwaltung der Kriegsernährungsabteilung und den einzelnen Handelstammern erhältlich sind, zu erfolgen und muß die Angabe enthalten, aus welchen Teilen die Zuschnitte usw. bestehen. Die für die Zwecke der Heeresverwaltung verwendbaren Vorräte werden, falls angemessene Preise gestellt werden, übernommen.

Leipziger Adressbuch. Der Nachtrag zum Jahrgang 1917 ist soeben erschienen und gelangt zu heute an zur Ausgabe. Er enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe gemeldeten Geschäftseröffnungen und Geschäftsverlegungen sowie die Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen und bildet somit eine wesentliche Verjicherung des Jahrganges 1917. Der Nachtrag wird in der Ausgabe, Königstraße 33, unentgeltlich verabfolgt.

Für den Siebener-Ladenschluß. Der Verband für Herren- und Knabenbekleidung, e. V., Sitz Dörfeldorf, Bezirksgruppe Leipzig, hat sich in seiner letzten Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war, unter anderem mit dem Siebener-Ladenschluß beschäftigt. Nachdem das für und Wider eingehend erwogen worden war, erklärte man sich einstimmig dafür, den Siebener-Ladenschluß für die Dauer des Krieges beizubehalten. Salange die Verkaufsbeschränkungen für Web-, Wirk- und Strickwaren und die einengenden Vorschriften für die Erstellung der Bezugskennzeichnung in Geltung bleiben, kann das Geschäft in genau derselben Weise erledigt werden, wie zur Zeit des Ahtuhr-Ladenschlusses. Wenn sich doch hier oder da in dem einen oder andern Geschäftszweige Nachteile ergeben sollten, so wird dies doch weit überholt durch die Vorteile des Siebener-Ladenschlusses.

Die Goldankaufsstelle im Graßmusem am Königsplatz — so schreibt man uns — hat seit vergangener Woche ihren Betrieb wieder eröffnet und es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Ueberzeugung, wie nötig es auch jetzt noch ist, daß alles Gold dem Reich zur Verfügung gestellt wird, immer weitere Verbreitung gewonnen hat, denn die Zahl der Anlieferer von goldenen Gegenständen hat fast die Höhe erreicht, wie in den ersten Tagen der Eröffnung vor nunmehr dreieinhalb Jahren. Käufer der künstlerisch so wertvollen eisernen Geldentwürfe, die bei Ahtauf von 5 Mk. an kostenlos ausgehändigt wird, gelangt jetzt auch eine sonst nicht erhältliche Wiedergabe in Postkartengröße des bekannten Bildes von Kampf „Gold gab ich für Eisen“ aus unserm Musem in vorzüglichem Kunstdruck zur Verteilung.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Donnerstags, den 26. April, früh: von 8-10 Uhr Nr. 501 bis 1500; von 10-12 Uhr nur für Urlauber. Passendes Kleingeld und 4 Fleischmarken (M) sind mitzubringen.

Bei der Firma Augustin heute kein Verkauf.

Polizeinachrichten.

Nachfahrmedaillen gestohlen. Aus einem Geschäftlokal am Dorotheenplatz sind am Sonntag in den Nachmittagsstunden ungefähr 30 goldene, silbervergoldete, silberne und bronzene Nachfahrmedaillen aus den Jahren 1881-1892 sowie ein Paar hechtblaue Marsgamaschen und eine Schnebrille gestohlen worden. Für die Wiedererlangung der gestohlenen Sachen hat der Bestohlene eine Verjohnung von 30 Mark ausgesetzt.

Wem sind Speisefässer gestohlen worden? Bei einem diebstahlverdächtigem verhafteten jugendlichen Arbeiter wurden 8 gebrauchte Speisefässer vorgefunden, die zweifellos aus einem Diebstahl herrühren. Der Bestohlene wird ersucht, sich bei der Kriminalabteilung zu melden.

Lebensmittelpapier nicht aus den Händen geben! Trotz Warnung ist es doch wieder Schwindlern gelungen, hiesigen Einwohnern die Lebensmittelpapier abzunehmen unter dem Vorgeben, daß sie Beamte seien und die Karten zu prüfen hätten. Es wird erneut darauf hingewiesen, unter keinen Umständen Lebensmittelpapier an Personen auszuhandeln, die nicht zweifellos die Berechtigung zu ihrem Verlangen nachweisen können und im Zweifelsfalle sich lieber selbst zur Kartenausgabestelle zu begeben, als die Karten aus der Hand zu geben.

Verjöglicher Fleischwarenverkäufer. Von einem Schwindler, der sich für einen Fleischer Müller ausgegeben hat, sind einige Gastwirtinnen, denen er hat Fleischwaren verkaufen wollen, sehr empfindlich geschädigt worden. In dem einen Falle hat er Fleischgulasch für 100 Mark verkauft. Die Wüshen, die auf dem Hauptbahnhof übergeben wurden, haben aber nur allerlei Unrat mit Scherben enthalten. In einem anderen Falle hat er die Verjorgung von Speck versprochen, dem zur Uebernahme ihm mitgegebenen Botes aber das Geld unterwegs abgenommen und ihn fortgeschickt. Es wird erneut dringlich gewarnt mit Unbekannten auf derlei Geschäfte einzugehen.

Wagenplane gestohlen. Von einem Wagen im Hofraume des Postamts 11 in der Brandenburger Straße wurde eine Segeltuchwagenplane mit der Firma Ernst Polzweckig Nachf. im Werte von 40 Mk. gestohlen. Wahrnehmungen über den Diebstahl und den Verbleib der Wagenplane bittet man der Kriminalabteilung mitzuteilen.

Selbstmord. Wegen eines Nerveneisens extränkte sich am Dienstag vormittag eine 62jährige Beamtenbesorgerin im Gluckanal. Die Leiche wurde geborgen und polizeilich aufgefunden.

Aus der Reichshauptstadt.

Protest gegen den 8-Uhr-Ladenschluß.

Eine sehr stark besuchte Versammlung von Ladenangestellten im Lehrervereinshaus, die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen veranstaltet worden war, protestierte am Montagabend gegen die beabsichtigte Herabsetzung des Ladenschlusses. Nach einem Vortrag von Frau Regina Friedländer wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 23. April 1917 im Lehrervereinshaus tagende, von 1000 Personen besuchte Versammlung von Ladenangestellten protestiert gegen die Absicht des Bundesrats, den 8-Uhr-Ladenschluß wieder einzuführen. Die Angestellten verlangen, daß der Bundesrat in solchen Dingen vorher die Organisation befragt. Die Ladenangestellten haben infolge des Mangels an Arbeitskräften im Kriege ungenügende Arbeitsleistungen vollbracht. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß schon aus diesen Gründen (der Versorgung mit den notwendigen Lebensmitteln) auf keinen Fall eine Arbeitszeitverlängerung in Betracht kommen darf. Es liegt dazu auch nicht der geringste Grund vor. Durch den 7-Uhr-Schluß wollte man doch den Konsum einschränken. Der Bezugsschein und der vorhandene Warenmangel auf allen Gebieten spricht schon allein dagegen. Die Konsumenten haben sich überraschend gut daran bewährt. Alle Angestellten und die meisten Prinzipale fordern die Beibehaltung des 7-Uhr-Schlusses. Da müßten die Versammelten den Bundesrat einmal befragen, von wem er sich hat beraten lassen. Die Versammelten erklären, daß sie auf keinen Fall auf die eine Stunde Erholung am Abend verzichten, und fordern die gesetzliche Festlegung des 7-Uhr-Ladenschlusses auch für die Lebensmittelgeschäfte auch für die Zeit nach dem Kriege. Die Versammelten beantragen deshalb den Zentralverband der Handlungsgehilfen, mit der in der Versammlung gewählten Kommission sofort beim Bundesrat vorstellig zu werden.“

Lebensmittel.

Auf Abschnitt 20 der Eierkarte können vom 27. April bis einschließlich 5. Mai zwei Eier abgeholt und entnommen werden. Waffwirte und Konditoren erhalten auf Bezugskarte 20 ein Ei. — Die Kundenzettel sind vom Freitag, dem 27. April, bis Montag, dem 30. April, in den Berliner Geschäften ausgeteilt. Die bisherigen Kundenlisten verlieren vom 7. Mai an ihre Gültigkeit. Jeder Einwohner Berlins hat sich mit seiner Eierkarte, unter Abtrennung des Kummelbeischnitts, in die Kundenliste neu eintragen zu lassen, selbst wenn er beschäftigt, in seinem bisherigen Geschäft weiterzuarbeiten. Die Eintragung geschieht mit allen zu einem Haushalt gehörigen Personen unter einer Nummer. Wer die Frist zur Neueintragung verläßt, hat bis auf weiteres keine Möglichkeit, Eier zu beziehen. Die Händler können Kundenlistenformulare von der Buchdruckerei Unger, C. 2, Spandauer Straße 22, beziehen.

Der Verkauf der Konserven ist mit dem 21. April geschlossen worden. Es hat sich, wie in Aussicht gestellt war, gezeigt, daß der Bestand hinreichend war, um jedem Berechtigten 1 Kilogramm zu gewähren. Wenn es trotzdem im einzelnen Fall jemand nicht gelungen sein sollte, ein Geschäft zu finden, in dem ein Vorrat von Konserven noch vorhanden gewesen ist, so wird ausnahmsweise der Magistrat, Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung, Neue Friedrichstraße 71, auf schriftlichen Antrag gegen Einreichung des Lebensmittelkartenabschnitts dem Berechtigten ein Geschäft nachweisen, wo noch Konserven zu haben sind.

Der Abschnitt 21 der Strohkartonkarte kann im Mai eingelöst werden. Auf diesen Abschnitt dürfen zwei Paßchen zu je 11 Paßchen zu je 25 Pfg. verausgabt und entnommen werden. Die Abschnitte Nr. 1—20 dürfen in Zukunft nicht mehr eingelöst werden.

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin verabschiedete am Montag eine Reihe wichtiger Anordnungen und Bestimmungen. Unter diesen verdient besondere Erwähnung der Gesamteinkaufsplan für das Gelände von Lichterfelde-Süd, östlich der Anhalter Bahn. Dieses 1200 Morgen umfassende Gebiet soll nach neuzeitlichen Grundrissen bebaut werden: in der Nähe der Bahnhöfe dreigeschossige Mehrfamilienhäuser mit gesunden Mietwohnungen und Hausgärten für jede Wohnung, im übrigen, d. h. zu neuen Zehnteln der Fläche, Ein- und Zweifamilienhäuser in Gärten. Große Parkflächen, die die neue Gartenstadt durchziehen, sollen ihrer reispalmenartigen Vorstadtcharakter verliehen. In der Hauptparkfläche liegt der Hügel, von dem Pittenthal seine ersten Hügelversuche unternahm. Auch der dort gelegene Karpenteich mit seinen Anlagen bleibt erhalten.

Einem umfangreichen Kettenhandel mit Lebensmitteln ist das Kriegsministerium auf die Spur gekommen. Es waren in letzter Zeit wiederholt Angebote von Lebensmitteln bekannt geworden, bei denen wegen der Höhe der Preisforderungen zu schiefen war, daß es sich um zurückgehaltene Waren handelte, die im Wege des Kettenhandels und teilweise unter erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise in den Handel kommen sollten. In den meisten Fällen wurden diese Angebote von einem gewissen Lorenzen aus Hirschburg, der im Zentralhotel wohnte, und von dem erheblich vorbestraften Vermittler Friedrich Brünning aus Charlottenburg gemacht, die aber die Vorräte ihren Abnehmern nur gegen Barzahlung auszuhandeln wollten; vorher war an die Ware nicht heranzukommen. Nach längeren Bemühungen gelang es schließlich, die Aufbewahrungsorte ausfindig zu machen und die Vorräte, die an zehn verschiedenen Stellen in Groß-Berlin lagerten, im Gesamtwerte von über 300 000 Mk. zu beschlagnahmen. Im Betrage kommen etwa 110 Zentner Butter, 100 Zentner Sülze, 4 Zentner ungesüßtes Schweinefleisch, 8 Zentner Kaffee-Ersatz, 18 Zentner Haselnußöl, 134 Zentner Seife, 11 Flaschen Rum und 80 Flaschen Motowil und Sekt. Es wurde mit gewaltigen Verdiensten gearbeitet. Außer Lorenzen und Brünning, die als die treibenden Kräfte angesehen sind, werden der hier unangenehm überraschte Kaufmann Ulrich Bülch und der russische Staatsangehörige Joseph v. Kolonatorow als Teilnehmer der Staatsanwaltschaft vorgeschrieben. Festgenommen waren im ganzen 14 Personen, von denen 10 wieder entlassen wurden. Die beschlagnahmten Waren wurden dem Waffen- und Munitionsverschaffungsamt für die Schwerarbeiter zur Verfügung gestellt.

Eine Aufnahme der leerstehenden Wohn- und Gewerberäume in Groß-Berlin hat das Oberkommando in den Marken, wie im vorigen Jahre, angeordnet. Neu hinzugekommen sind Erhebungen über die Wohnweise der Kriegerveteranen, die Kriegsunterstützung beziehen. Näheres wird durch die Gemeinden bekanntgegeben werden.

Verfall der alten Bezugsscheine für Web-, Woll- und Strickwaren. Vom 1. Mai 1917 an dürfen die Gewerbetreibenden Bezugsscheine nach dem alten Muster A und B — also auch die im März, d. h. ausgefertigten — nicht mehr annehmen. Nur die Bezugsscheine nach dem neuen Muster A1 und B1 sind gültig. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmung ist strafbar.

Zonntagsschluß der Lebensmittelgeschäfte. Durch die zunehmende Notwendigkeit der Lebensmittel ist der Schluß der Lebensmittelgeschäfte am Sonntag vorgeschrieben. Der Vorstand des Vereins Berliner Kolonialwarengeschäfte hat deshalb beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, vom 1. Mai d. h. während des Sommers die Geschäfte am Sonntag geschlossen zu halten, soweit nicht ein besonderes Interesse des Publikums vorliegt.

Entgleisung am Montagabend um 7 Uhr 30 Minuten zwischen Bahnhof Stralau-Rummelsburg und Bahnhof Warschauer Straße die Lokomotive vom Stadtringzug 212 mit der vorderen Achse. Die Räder in Richtung Schließbahnhof erlitten bis zu 1 1/2 Stunden Verpätung. Personen wurden nicht verletzt. Um 9 Uhr abends

waren Stadtfeld Stralau-Rummelsburg-Warschauer Straße wieder fahrbar.

Wasser statt Benzol verkaufte der frühere Chauffeur Galkow. Er verschaffte sich leere Benzolkannen, füllte sie mit Wasser und brachte sie dann nach irgendeinem Eckhaus, wo er sie auf dem Durchgang einfließen ließ. Hieraus suchte er Chauffeurs und Droßknechte auf und teilte ihnen mit, daß er unter der Hand Benzol verkaufen könne. Die Leute fuhren an dem Eckhaus vor, nachdem sie im voraus die 50—100 Kilofanne mit mehreren Hundert Mark bezahlt hatten, ließen sich die schweren Kannen aufstecken und fuhren davon, froh, daß sie wieder Brennstoff hatten. Die echten Kannen ließen gar keinen Verdacht aufkommen. Erst später merkten die Käufer, daß sie nur Wasser erhalten hatten. Auf viele Anzeigen hin forschte die Kriminalpolizei nach dem Händler, der vielen Chauffeurs bekannt war, und ermittelte ihn in einem Kuppelquartier.

Ein Einbruch bei einer Brotkommission wurde in der Nacht zum Montag verübt. Die Einbrecher entwendeten bei der 92. Kommission in der Hirttenstraße eine große Menge Karten aller Art: 100 Bogen Meißelkarton, auch andre Brotkarten, Meißel-, Kinder- und andre Fleischarten, Kartoffel-, Eier- und 200 Zuckerkarten.

Schlichte Angelegenheiten.

Der Landtag.

Dem Landtag, der nächsten Montag wieder zusammentritt, hat die Regierung drei Gesetzesvorlagen zugehen lassen. Die erste betrifft die abermalige Hinausschiebung der Neuwahlen für die Zweite Kammer. Nach dem Entwurf soll die gegenwärtig laufende Wahlperiode der Zweiten Kammer um weitere zwei Jahre verlängert werden. Die Kriegsteilnehmer behalten ihr Stimmrecht für die Landtagswahlen im Jahre 1919 unverkürzt. Die zweite Vorlage ordnet die Wahl stellvertretender ständiger Mitglieder des Verwaltungsausschusses für die Gebäudeversicherung der Landesbrand-Versicherungsanstalt an. Die dritte hat zum Gegenstand eine Verordnung über den Erwerb von Reichs-Kriegsanleihen für Familien-Anwartschaften. Nach der Verordnung können zum Zwecke des Erwerbs von Kriegsanleihe des Deutschen Reichs (Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen) für die Anwartschaft, anwartschaftliche Grundstücke mit Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden belastet werden. Solchenfalls genügt die Genehmigung der Anwartschaftsbehörde. Die wichtigste Vorlage, die die Tagung beschäftigt wird, nämlich die über das Vergeregalm Kohlenunterirdischen, ist dem Landtag noch nicht zugegangen.

Die Zweite Kammer hat auf der Tagesordnung ihrer Montagssitzung die allgemeine Vorberatung über den Gesetzesentwurf wegen Verlängerung der Landtagsperiode.

Wildstand und Fleischversorgung.

Man schreibt uns: Die Viehbesitzer in Sachsen werden jetzt genötigt, den Bestand an Rindvieh und Schweinen zu vermindern, das Vieh wird im Verhältnis zu den vorhandenen Beständen einseitig, einmal um dem Mangel an Futter zu hemern, das andermal um der arbeitenden Bevölkerung die zugehörige höhere Fleischration gewähren zu können. Die Wirkung wird sich später in noch geringeren Fett- und Fleischmengen geltend machen. In landwirtschaftlichen Kreisen ist man über diese Maßnahmen wenig erfreut, weil man der Auffassung ist, daß bei dem reichen Wildbestande das Wild sehr viel fruchtbarer vertrieht, als sonst für die Durchhaltung des Viehbestandes außerordentlich wertvoll sind. So wird uns aus landwirtschaftlichen Kreisen geschrieben:

Eisenbahnreisende sind höchst erfreut, wenn sie am frühen Morgen oder gegen Abend vom Eisenbahngange aus ganze Ansel Rehe auf den Feldern sehen beobachten können, wissen aber meist nicht, welchen Schaden das Wild dem Landmann und damit indirekt der hungernden Menschheit zufügt. So werden Rehe in größerer Zahl in der Nähe von Magern beobachtet, die aus dem Holze des Mittergutes zeitig wecheln, das dem Grafen Hans Karl von Arnim-Peres gehört. Noch stärker wird der große Wildstand, der auf der Jagdflur der Gemeinden Cavertitz, Oganitz und Schöna bei Dahlen anzureisen ist, als schädlich empfunden. Der Jagdpächter Mittergutes brant in Cavertitz seit Ausbruch des Krieges im Felde und gestattet seinem Förster nicht, das Wild abzufahren. Höchstens darf er ein sogenanntes Schmalter schießen, das für die Fortpflanzung nicht in Frage kommt. Dort treten drei bis vier Ansel Rehe von je 15 bis 20 Stück sowie Hirsche in einer Anzahl von annähernd 50 Stück auf und schädigen die Saaten der Felder. Sehr stark treten auch die wilden Kaninchen auf. In der benachbarten Sörnewitzer Jagdflur liegt es ebenso. Die Felder und die Hirsche sind es besonders, die die junge Saat abfressen, später durch das Getreide streifen und sich dort lagern. Die Hirsche schaden der Ähren, Kartoffelfelder und Wäldern auf und richten dadurch erheblichen Schaden an. Die Feldbesitzer dürfen das Wild nicht weg-schießen, das Recht hat nur der Jagdpächter. Die Jagdgenossenschaft hat sich wiederholt bei der Amtshauptmannschaft Dschah beschwert, sie hat auch mehrfach Verfügungen für den Abschub erlassen, genügt hat es aber bisher sehr wenig. Zur Zeit hat das Wild bis Ende Juni Schonung. Wer dann noch dafür gefordert werden, daß das Wild beseitigt wird, damit die Ernte nicht vernichtet wird. In einer Zeit, wo jeder Landbesitzer aufgefördert wird, dem Boden abzuräumen was möglich ist, darf man es einzelnen Jagdhabern nicht gestatten, ihr Sportinteresse über das allgemeine Wohl zu stellen.

Eine heitere Padergeschichte.

Den Dresdner Nachrichten wird aus Tetschen berichtet: Bekanntlich ist es verboten, Lebensmittel über die Grenze mitzunehmen. Doch gibt es immer noch Leute, die das nicht wissen wollen, und die haben dann mit dem Zurückschicken oder deren Verkauf Scherereien. Manchmal gibt es auch Leute, die den Zollbeamten ein Schnippchen schlagen wollen. Sie glauben, es recht schlau gemacht zu haben mit dem Pechen und fallen dann gewöhnlich gehörig hinein, denn das Auge des Gesetzes ist täuschend sehr schwer. Das zeigt wieder folgender, allerdings nur für die Zuschauer heitere Vorfall: Vor nicht langer Zeit kommt ein seltsame Dame mit ihren zwei erwachsenen Töchtern zur Zollrevision am Tetschener Bahnhof und gibt auf die läbliche Frage des Zollbeamten: „Haben Sie nichts an Lebensmitteln mitgenommen?“ lächelnd zur Antwort: „O Gott, nein; gar nichts!“ Hierauf wurde ihr zahlreiches Gepäck einer näheren Verfolgung unterzogen. Der Beamte hob ein feines farbiges Seidenpöckel in die Höhe, fand es aber etwas schwer. Außerdem noch es plötzlich angenehm nach Selzerladen. Der Zollbeamte war vier, ein noch aber weniger angenehm. „Bitte, trennen Sie die Pöckel aus!“ Die Damen wurden höchst unruhig und verfluchten, es sei wirklich nichts drin. „Bitte, nur aufzutreten, wir werden ja gleich sehen.“ Und siehe: die Pöckel enthielten einen saftigen Prager Schinken, sehr fleischig, geräucherter Zungen und eins sogar ein abgezogenes, bereits in Verwesung befindliches Ferkel mitten in den Federn. Bei weiterer näherer Verfolgung fand man in den Müß und Boas eingeklebt seine Würste und einen Kranz Prager Knacker und dergleichen mehr; alles zusammen wog über 30 Kilogramm. Alles wurde beschlagnahmt und dann versteigert. Als der Zollbeamte der Dame die Beschlagnahme und zugleich die Höhe der Strafe bekannt gab, gab es einen kleinen Ohnmachtsanfall. Man brachte zur Erholung frisches Wasser. Es wurde aber heftig abgewinkt und, wie böse Jungen behaupten, trank man zur Verhöhnung einige Schoppen Wein.

Dresden. Eine Verabschiedung der Gemüsepriese beschloß die hiesige Preisprüfungsstelle. Sie kam einstimmig zu der Meinung, daß gegenwärtig ein Preis von 80 Pfg. für ein Pfund Spinat, beste, ausgereifte Ware, und 50 Pfg. für Ware mittlerer

Güte als völlig ausreichend für den Erzeuger und Großhändler sei. Im Kleinhandel soll ein Aufschlag von höchstens 10 Pfg. für das Pfund vorgenommen werden dürfen. Alle Höherforderungen werden daher als übermäßige Preissteigerung erachtet werden. Der Preis des Spinats wird schon in den nächsten Tagen ein weiteres Sinken zu erfahren haben.

Frankenberg. Das städtische Elektrizitätswerk schloß mit dem Elektrizitätswerk der Stadt Chemnitz einen Stromlieferungsvertrag. Danach bezieht das hiesige Werk vom Chemnitzer Werk Strom, soweit es den Bedarf mit den vorhandenen Betriebsmitteln nicht decken kann, während andererseits das Chemnitzer Werk den Strom abnimmt, den das hiesige Werk in betriebsstärkerer Zeit über den Bedarf hinaus erzeugt. Die Anschlußleistung stellt das Frankenberg Werk mit einem Aufwand von 90 000 Mk. her.

Luga. Der Gemeinderat beschloß, um die Kleintierzucht zu heben, eine Kaninchenfarm zu errichten und die Anlage an eine geeignete Person zu verpachten.

Johanngeorgenstadt. Der Gemeinderat beschloß, zunächst 24 arme, bedürftige Schüler und Schülerinnen unentgeltlich zu beurlauben. Nach sechs Wochen soll gewechselt werden.

— Hier gelang es auf dem Bahnhof, für 11 000 Mk. Seife, die als Reisegepäck aufgegeben war, zu beschlagnahmen. Da weder Reisender noch Absender und Empfänger bekannt war, wird der Staat sie an sich nehmen.

Aus den Nachbargebieten.

Sera. Der Gemeinderat beschloß, eine sachverständige Untersuchung von Nahrungsmitteln in die Wege zu setzen und den Stadtrat um eingehende Mitteilungen über die Ergebnisse der Strafverfolgung wegen Höchstpreisüberschreitungen usw. zu bitten.

Zeitz. Auf Bahnhof Ruden geriet der Bahnarbeiter Richard Tomraht zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen. Er wurde sofort getötet.

Saßlerstadt. Die Polizei ist neuer hier seit einiger Zeit betrieblenen Geheimschlägerei auf die Spur gekommen. Die Voruntersuchung schwebt gegen einen Fleischhacker, der in Gemeinschaft mit einem Viehhändler in einem zu diesem Zweck gemieteten Stall Rinder geschlachtet und das Fleisch an Geschäftskunde verkauft hat.

Aus der Partei.

Eine verunglückte Aktion.

Die Jenaer Genossen halten in ihrer vorjährigen Generalversammlung den bisherigen Mehrheitsvorstand nicht wiedergewählt und an seiner Stelle oppositionelle Genossen mit der Leitung der Parteigeschäfte beauftragt. Daß das den „Mehrheitsgenossen“ nicht angenehm war, ist natürlich. Die Ortsgruppe Jena, die bis dahin regelmäßig ihre Pflichtbeiträge an den Kreisvorstand abgeliefert hat, konnte man zum Schmerz der Mehrheitsleute nicht kurzerhand als nicht zur Partei gehörig erklären. Man mußte es also auf einen Gewaltstreik ankommen lassen.

Es ist der Ortsgruppe Jena seit geraumer Zeit unumgänglich gemacht, Mitgliederversammlungen abzuhalten. Darauf baute man einen Antrittspakt.

Der Kreisvorstand berief mit dem Ortsvorstand eine gemeinsame Sitzung ein. In derselben erklärte sich der Ortsvorstand, mit Ausnahme von drei Mehrheitsanhängern, als zur Opposition gehörig, getrennt den Beschlüssen seiner Mandatgeber. Daraufhin wurden von den anwesenden vier Kreisvorstandsmitgliedern und den drei Mehrheitsanhängern des Ortsgruppenvorstandes die 10 oppositionellen Vorstandsmitglieder als außerhalb der Partei stehend erklärt. Der Mehrheits-Kreisvorstand berief dann für Donnerstag, den 10. April, eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe ein. Zutritt sollte hierzu nur den Mehrheitsanhängern gestattet werden. Um diese festzustellen, glaubte man einen sehr schlauen Trick anzuwenden, indem man den Mitgliedern die Mitgliedsbücher abforderte und sie einbestellte. Es nützte aber alles nichts. Die Jenaer Genossen und Genossinnen machten von ihrem Mitgliedsrecht Gebrauch und besetzten ohne Buchgabe den Saal. Jetzt war guter Rat teuer. Die Versammlung wurde eröffnet und die Opposition aufgerufen, den Saal zu verlassen. Als dies mit Gelächter beantwortet wurde, glaubte ein Kraftmeier den Hinaustritt mit Hilfe der überwachen den Beamten durchsetzen zu können. Auch das half nicht, da von der Seite die nötige Ruhe bewahrt wurde. Mitglieder, die das Wort zur Geschäftsordnung verlangten, wurde es verweigert. Dem Verlangen der Mitglieder, ihrem gewählten Ortsvorstand das Wort zu einem Tätigkeitsbericht zu geben, wurde nicht stattgegeben. Man schloß kurzerhand die Versammlung und räumte das Feld. Dabei zeigte sich, daß die Wache nebst ihrem Anhang in einem kleinen Sitzungszimmer sehr gut unterkamen. Die ca. 400 anwesenden oppositionellen Genossen und Genossinnen haben bewiesen, daß sie auf jeden Schelnchen andertalben setzen. Sie werden auch in Zukunft auf dem Posten sein.

Einer Klage des Kreisvorsitzenden auf Herausgabe von Inventar und Vermögen sehen wir mit Ruhe entgegen.

Essen für die Opposition.

Am Sonntag, dem 22. April, nahm eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Essen Stellung zu den Parteiferenzen. Das Essener Parteiblatt, die Arbeiter-Zeitung, hat bisher unter der Leitung des Genossen Limberg in sachlicher Hinsicht den Standpunkt der Opposition vertreten, aber ähnlich dem Genossen Braun-Münzberg das Verharren in der alten Organisation empfunden. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution hatte Genosse Limberg auch der Konferenz unterbreitet. Eine andere Resolution forderte den Abbruch der Beziehungen zum Parteivorstand und den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Referenten waren Molkenbühler für die „Mehrheit“ und Dittmann für die Opposition. Beide Referate dauerten gut eine Stunde und waren streng sachlich. Ihnen schloß sich eine fünfminütige, gleichfalls absolut sachliche Diskussion an. Abwechselnd sprach ein Redner für den Standpunkt Molkenbühlers und einer für den Standpunkt Dittmanns. Der Mehrheitsstandpunkt wurde aber auch von keinem der Redner für Molkenbühler ganz gebilligt, sie sprachen meist aus rein opportunistischen Gründen für die Resolution Limberg. Der Parteivorstand müsse gehindert werden einen Vorwand für die Umwandlung der Zeitung in ein Mehrheitsblatt zu bekommen, man müsse in der alten Partei bleiben, um auf dem nächsten Parteitag Einfluß zu bekommen usw. — In diesem Sinn sprach auch Gen. Limberg. — Die Oppositionsredner wandten sich gegen diese Argumente und verwiesen darauf, daß der Parteivorstand und der amtierende Parteisekretär Saberland, leitet eine klare sachliche Stellungnahme forderten. Da müsse sich der Kreis gemäß der Ueberzeugung der Mehrheit seiner Parteigenossen offen zur Opposition bekennen und seinen Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vollziehen. — Ueber die Abstimmung verständigte man sich dahin, daß über die Resolution Limberg — in der es hieß, der Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei werde abgelehnt — namentlich abgestimmt wurde und die Ablehnung dieser Resolution zugleich die Annahme der zweiten Resolution bedeute, die den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei forderte. Für die Resolution Limberg stimmten 41 dagegen 122 Delegierte. Mit Dreiermehrheit hat also der Kreis Essen sich zur Opposition bekannt und sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen.

Die Unterlegenen erwiderten darauf im Anschluß an die Konferenz eine Sonderorganisation.

Paul Bronckhorst.

Roman von Levin Schücking.

Zehntes Kapitel.

Worin der Hauptmann Uhlenhorst wegen seiner Pension beruhigt wird und der alte Blücher eine sehr vernünftige Rede hält.

Als Reinhard Tondern beim Mittagessen seinem Prinzipal erzählte, wie die Andienz bei dem Herzog von Anglure abgelaufen, und daß er sich geneigt gezeigt habe, Paul Bronckhorst zu seinem Geheimen Sekretär zu bestellen, kam ein Ausdruck von spöttischer Heiterkeit über das Gesicht des Notars.

Den Herrn Paul Bronckhorst! rief er aus. Paul Bronckhorst wird also ein mächtiger und einflussreicher Mann im Fürstentum Gräfsa-Mavenslein werden...?

Was fällt Ihnen dabei auf, Herr Moorhahn?
O, gar nichts — durchaus nichts! Ich will Ihnen nur einen Rat geben, lieber Tondern: halten Sie von nun an nur fest an Ihrem blühenden Bienenfreunde — ich weiß ja, Sie sind wie Drost und Bglades zusammen — halten Sie ihren Bhlades warm.

O, gewiß!
Ich meine nur wegen der bevorstehenden Trennung. Solche Schuldenverhältnisse erkalten gewöhnlich, wenn man sich nicht mehr sieht und wenn man ins praktische Leben tritt.

Ich hoffe, daß es bei uns nicht der Fall sein wird, antwortete Tondern trocken, da er argwöhnisch, der Notar denke daran, diese Freundschaft auszunutzen, um ungefähr dasselbe zu erreichen, was er zu erreichen beabsichtigt, als er den Vorlas heute, ihm, Tondern, die fragliche Stellung zu verschaffen. Um ihm die Hoffnung darauf zu nehmen, setzte er hinzu: Der Herzog hätte sicherlich keinen wichtigeren Menschen finden können. Paul Bronckhorst ist ein unermüdlicher Arbeiter, im höchsten Grade gewissenhaft, treu wie Gold und — verschwiegen, daß es bis zur Geheimniskammer geht!

Kunette unterbrach dieses Tischgespräch, indem sie über die neuen Landesherren allerlei Nachrichten mitteilte, die sie von dem pfiffigen Advokaten Wolster, der ihr einen Morgenbesuch abgestattet zu haben schien, vernommen hatte. Unter der Bagage, die den preussischen Truppen nachgeführt worden, sei, erzählte sie, ein ganzer Wagen voller Böpfe, sogenannter Tokentzeren oder „Anklagepläne“ gewesen, die man den demnächst auszubehenden Meuten einschleichen wolle. Vor einem der Tore, behauptete sie ferner, seien gestern während des Chamarisch mehrere Wagen mit Eingekessenen aus der nächsten protestantischen Stadt D. angekommen, welche die menschenfreundliche Absicht gehabt, bei der vorausgesetzten Milderung zu helfen!

Während diese Angaben weiterer Erörterung unterworfen wurden, trat der Hauptmann Uhlenhorst ein. Seine Züge zeigten weit weniger Niederknechtigkeit als gestern. Er brachte gute Nachrichten. General Blücher hatte einer Deputation der Offiziere die besten Zusicherungen gegeben. Die Mannschaf sollte in die preussische Armee aufgenommen werden und zu dem Ende am anderen Morgen des Fahnenziehs leisten, wer keine Lust hatte zu diesem Uebertritt — nun, der mußte ein großer Narr sein, wenn er die Gelegenheit der jetzt noch stattfindenden Bewirtung nicht benutzte und befeuerte! Was aber die Herren Offiziere anging, so stand es ihnen frei, um Aufnahme in die preussische Armee mit gleichem Range einzukommen oder Abschied und Pension zu verlangen. General Blücher hatte den an ihn deputierten Herren, die mit einigen Jagen vor dem dänischen aufstehenden Manne mit dem gewaltigen Kürschnurrbart das Audienzzimmer betraten, am Ende gar nicht so übel gefallen, und daß der Teufel doch nicht ganz so schwarz, wie man ihn malt, hatte sich abemals in sehr erkenntlicher Weise bewährt. Es wird sich niemand über uns zu beklagen haben, meine Herren, hatte Blücher gesagt, der es richtig meint und so entgegenkommt. Saum eukue, das heißt: jedermann das Seine, ist die preussische Devise. Seine Majestät unser allergnädigster König sind der gerechteste Regent, den jemals die Fiktion auf einen Thron geführt, und er wünscht nichts mehr, als dies den Untertanen in den neuzugewonnenen Landestheilen ebenso beweisen zu können, als es dem in den alten Provinzen bewiesen hat... Diejenigen Herren, die in die preussische Armee eintreten wollen, werden in den mit unterstehenden Korps gute Kameraden finden. Ich kann mit Wahrheit sagen, daß ich ein vortreffliches Offizierkorps habe — es sind nur zwei darin, die taugen nichts, hatte er, sich an den hinter ihm stehenden Chef seines Generalstabes wendend, lachend und flüsternd hinzugesetzt — das bin ich und mein Sohn!

Dann hatte er geäußert, daß er sich verwundert über den trefflichen Zustand, worin er das heimliche Artilleriekorps gefunden, und seine große Zufriedenheit ausgedrückt über die Gewissenhaftigkeit, womit man die in schönster Ordnung sich befindenden — sämtlichen reichen Kriegsvorräte, Munitionsbefehände und militärischen Depots anstufte; und so war man denn leidlich getröstet und viel zufriedlicher, als man gekommen, von ihm geschieden.

Auch gegen einige Herren vom Magistrat hatte der preussische Oberbefehlshaber sich in sehr befriedigender, wenn auch ziemlich dicker Weise ausgesprochen. Wir wissen recht gut, hatte er gesagt, daß wir auch nicht willkommen sind, verlangen auch nicht. Es wird schon die Zeit kommen, wo wir gute Freunde werden. Bis dahin bitte ich mir nur aus, daß man sich ruhig verhält, gehorham die Bestimmungen der Obrigkeit ausführt und sich aller einseitigen und hochstakten Auslegungen und Verleumdungen der guten Absichten des Gouvernements enthält. Von dem Tage an, wo dieses Land die Ehre hat, der preussischen Krone anzugehören, liegt es dem väterlichen Herzen Sr. Majestät ebenso nahe wie alle anderen Landesteile. Was die Religion angeht, so braucht man nicht die mindeste Befürchtung zu hegen. Se Majestät verlangen nichts Besseres, als über Untertanen zu herrschen, die treu an ihrem Glauben hängen. Die Schlichter wissen das. Und wer euch etwas anderes sagt, wer euch heimlich Dinge einbläst, die die böse Lücke ersindet und nur der Unverstand glauben kann, den werden wir zu finden wissen und nicht viel Federsens mit ihm machen!

Solcher Injunkt des alten Generals hatte etwas Tröstliches und Beruhigendes — das mußte man anerkennen. Das Hans Moorhahn war überhaupt eines von denen, in denen das unabwehrbare Schicksal, das man erlitten, noch am mildesten und verhältnismäßig aufgefaßt wurde und jeder der Sache auch eine besorgliche Seite abzugewinnen wußte. Wie Tondern dachte, haben wir früher gesehen. Demoselle Kunette fand zwar, daß die preussischen Soldaten überaus lächerliche Figuren darstellten mit ihrer Knappen Adjutierung von schauerhaft grobem blauem Tuche, gegen die das väterländische Militär wohlgenährt wie ein prächtiger Herr Domkapitular sich ausnahm. Dagegen mußte sie einräumen, daß unter dem preussischen Offizierkorps charmante junge Leute seien mit überaus schlanken Taille und von dem feinsten Aussehen — kurz, Leute, die ihr sehr wohl gefielen. Was aber die Gemelnen anging, so hatte Wolster, der einige davon ins Quartier erhalten, versichert, daß eine vortreffliche Mannschaf darunter zu herrschen scheint, und daß sie sich ganz manierlich und bescheiden aufführten. Wenn man auf ihre Reden höre, so müßte man zwar glauben, sie hätten dahel in ihrem Lande köstlich Rindfleischsuppen mit Madeira darin und Puterbraten oder Kapannen, mit Tokaler zum Nachtrich, zu verzehren gehabt; das hindere sie jedoch nicht, für eine

Nähe alten Bieres, die man ihnen zu ihrem verwunderlichen Kommhbrote gebe, überaus dankbar zu sein und dabei ganz lustiger Dinge zu werden. Und das sei um so liebenswürdiger, als man doch aus allen ihren Versicherungen sehe, daß sie dahel ein Land, wo Milch und Honig fließe, verlassen und sich auf den schrecklichen Wegen bis hierher durchgearbeitet hätten, bloß um die Bewohner aus ihrer erschrecklichen Verfinsternung und schauervollen Verwahrlosung in Bildung, Sitte, Lebensart und Geisteskultur zu erretten!

Moorhahn selbst lächelte zu allem dem sehr fein und schlau. Wollens abwarten! sagte er. — Wir sind hierzulande immer gut überreichlich gewesen, und das ist so natürlich, daß wir unrecht hätten, uns bei dem durchsichtigsten Ertrage ein großes Verdienst daraus zu machen. Es ist eben nur Wahlverwandtschaft. Wir sind die Desterreicher des Nordens. Als ich in Wien studierte, ist es mir oft aufgefallen, wie es in den Wiener Bürgerhäusern aktuell so reich wie in den hiesigen wohlhabenden alten Bürgerhäusern; so ein angenehmer Geruch von Heiligkeit, Vratsenose, Gemütslichkeit und guten Weinorten, der sich weiter nicht beschreiben läßt. Geistesfreiheit, Adel, Bürgerum — das hat hier alles so ungefähr denselben Zuschnitt; dieselbe Ruhe, dieselbe Passivität und daselbe langsame Wesen. Daß wir nun auf einmal auf preussisch werden sollen, kann niemand von uns verlangen. Aber daß nicht viel bei und gebessert werden könne, will ich gar nicht sagen. Wenn man nur das eine betrachtet, daß wir doch in Wirklichkeit und Wahrheit von unsern alten Fürsten, denen wir so trübsele nachsinnen, gar nicht regiert worden sind, so erscheinen die Dinge schon in anderem Lichte.

Sie meinen, weil das Domkapitel dem Fürstbischhof die Hände band — fiel der Hauptmann ein.

Ich meine, weil der Adel uns regiert hat, zuerst die Mitterschaf und Johann der Kurfürst der Mitterschaf, das Domkapitel. In deren Händen lag die Gewalt, und die etwa vierzig Adelfamilien unfres Landes befaßen in den Ältern des Domkapitels, der abligen Sifter, der Propsteien der Kollegiatkirchen einen Apanagesonds für ihre nachgeborenen Kinder, der beinahe ein paar mal hunderttausend Taler jährlich aufbringt. Ihre Mitter sind steuerfrei. Die höheren Stellen in der Regierung und Verwaltung haben sie samt und sonderb inne. Ich will weiter keine Beschuldigung gegen sie aussprechen, denn es ist natürlich, daß jedermann seine Interessen vertheidigt. Da ihre Renten meist in Naturalien bestanden, so war es auch natürlich, daß sie die Kornpreise hübsch hoch zu halten suchten und für die Verbesserung der Landwirtschaft keine große Sorgfalt hegten, noch weniger aber für Handel und Industrie und Wegebauten, wodurch sich nur der Bürgerstand bereichert hätte. Kurzum, es ist vieles da, was besser werden kann. Ob die neuen Herren es besser machen werden, muß der Erfolg zeigen. So viel ist aber gewiß: was die Religion angeht, so habe ich dahelhalb keine großen Sorgen — denn wenn da etwas zu fürchten wäre, so würde unser ehemaliger gefeilter und braver alter Minister sich nicht schon vor Jahren zu Preußen gemalt haben.

Moorhahn nickt mit „Dester“ „Nest“ „Bel“ „Reinen“ „Nüßbrüt“ vollen Besatz. Der angeborene Stammescharakter mit seiner Neigung zu stiller Geduld hat sich in dieser Betrachtungsweise der Sache eine Geugle. Und hätte man diesen Charakter nur ein wenig mit milder Ruhe zu studieren sich die Mühe gegeben und sich ihm etwas mehr akkomodiert, hätte man vermieden, den Nebegang aus einer Zeit, in der gar wenig geschriebe und gar wenig regiert wurde, in eine Zeit unpasslicher Bieschreiberei und Belregiererei sanfter, langwiltiger und behutsamer zu machen; wäre das fremde Element dem nun einmal neuen das Fremde mittrauischen einheimischen mit größerer Bescheidenheit und weniger Eodmut entgegengetreten, so wäre man unendlich rascher an der wünschenswerten Einigung gekommen. (Fortsetzung folgt.)

Wie unsere Vorfahren den Zucker kennen lernten.

Erst der Weltkrieg mit seinen zahlreichen Verordnungen über den Verkauf der notwendigen Nahrungsmittel hat so recht gezeigt, eine wie große und schier unermessliche Rolle der Zucker heutzutage auf dem Gebiet der Volksernährung spielt. Nicht alle aber wissen, daß er diese Bedeutung erst der Entdeckung des Berliner Chemikers Marggraf verdankt, der um die Mitte des 18. Jahrhunderts den Nutzen der Zuckerernte erkannte und damit die Grundlage für die gewaltige Zuckerindustrie schuf, die im vorigen Jahrhundert in allen Ländern Europas emporsprang. Vorher wurde der Zucker aus dem Zuckerrohr gewonnen, und noch früher vor der Sonig der gebräuchlichste Süßstoff. Namentlich um den Wirksamkeit (Wärzwasser) genießbar zu machen, und zur Melbereitung wurde er benutzt. Durch Pytheas von Massilia erfahren wir, daß die Verwendung des Honigs zur Melbereitung bereits zur Zeit Alexanders des Großen bei den Phoenizern an der Euphratmündung üblich war. Und aus den Anfängen der sächsischen Geschichte kennen wir die Erzählung, daß sich die Frauen auf der Burg Weissen im Zellalter Heinrichs des Städtebauers der Angriffe der Normen erwehrt, indem sie heißen Met auf die Belagerer heruntergossen. Schon vorher, im Jahre 808, labten sich die auf dem Konzil zu Worms versammelten hohen geistlichen und weltlichen Herren mit Met. Im Jahre 1209 wird er auch in Frankfurt a. M. zuerst erwähnt, noch im Jahre 1403 wurde es in Dresden erlaubt, Met zu schenken. Zu dieser Zeit wurde der Met vielfach auch schon mit Bier oder Wein veredelt: als im Jahre 1480 die Bierbrauer in Frankfurt a. M. angingen, Honig in das Bier zu tun, frante der Rat bei den Herzgen an, ob das der Gesundheit nicht schädlich sei; damit wandte man sich gerade an die rechte Schmecke, denn der Stadtrat braute selbst!

Nach als süßliche süße Sirze vertrat der Honig zuerst die Stelle von Zucker und Sirup. So beim Kuchenbacken. Besonders geht eine der bodenständigsten Gewerbe im alten Nürnberg, die weltberühmte Nürnberger Lebkücherei, unmittelbar auf die Bienenzucht zurück. In dem ausgedehnten Reichswald, der sich heute noch wie ein mellenbreiter grüner Strich um die Stadt Nürnberg legt, blühte im Mittelalter die Bienenzucht in dem Maße, daß sie von Tausenden betrieben wurde, und daß man den Wald „des heiligen römischen Reiches Bienenwald“ nannte. Die Honigwaren waren daher auch in früherer Zeit ein außerordentlich wichtiger Handelsgegenstand. Als Abnia Johann von Wöthen die Stadt Pirna im Jahre 1820 mit der Stapelgerechtigkeit begnadigte, wurden in der Postlage Dresdner Tücher mit 1 Pfennig, Honigwaren aber mit 14 Pfennigen angelegt. Wie die Handwerker in den Städten in ihren Jungeren und Älteren, so taten sich auch die Ämter (Norddeutschland) und Feldler (Süddeutschland) zu Genossenschaften zusammen, die zum Teil bis in verhältnismäßig späte Jahrhunderte fortbestanden. Im Jahre 1098 gab beispielsweise die Feldbergerschaft zu Görlitz noch ihr Reibrecht heraus, und im „Lorenzer Reichswald“ blieben die Verhältnisse der alten Bienenwälder bis zum Ende des 18. Jahrhunderts bestehen; noch von Jahre 1709 datiert ein Bericht über das letzte zu Fench, einem Ort bei Nürnberg, abgehaltene kaiserliche Reibrecht. Die Reibrechte wurden nach Rechtsrecht vertriehen, und ihre Abgaben bestanden natürlich aus Wachs und Honig. Später wurde daraus „Wachs- und Honigzucker“. Wie hoch die Bienenpflege aus allen diesen Gründen bei unsern

Vorfahren in Ansehen stand, bezeugt der außerordentliche Schutz, den die Bienen und Beuten überall genossen; wer Honig verfältschte, wurde mit dem Tode bedroht. Andererseits sicherte ein Tropfen Honig den Kindern das Leben — in jener frühen Vorzeit, als die Reugeborenen noch von der Aussetzung bedroht waren, solange sie noch nicht genossen hatten.

Der Zucker wurde bei uns zuerst durch die Kreuzzüge bekannt. In der Gegend von Tripolis fanden die Kreuzfahrer das Zuckerrohr, das sie bezuichernderweise zuerst „Soniagrohe“ (canna mellis) nannten. Infolge der Umständlichkeiten des weiten Verkehrs war der Zucker aber länder so außerordentlich teuer, daß er als Nahrungsmittel überhaupt nicht in Frage kam. Im 13. und 14. Jahrhundert kostete der Zentner Zucker auf unsern größten Märkten noch unserm Gelde 800 bis 1000 M. In Afrika des 15. Jahrhunderts zahlte man in Dantzig für ein Pfund Zucker 5 M., und in Wien sogar 7 M., im Jahre 1540 kostete das Pfund in Breslau 0.50 M., im Jahre 1540 in Pilsenern und in Nürnberg 4.50 M. Noch vor hundert Jahren, während der Kontinentalverre gegen England, kostete das Pfund Zucker in Hamburg 6 M., und im Vriehplanke mußte vielfach das Doppelte dafür bezahlt werden; demals wurde er, weil der Seeweg verschlossen war, von Griechenland her mit Trantieren und Raonen auf dem Landwege durch Serbien und Ungarn nach Deutschland eingeschmuggelt. Infolge dieser Verhältnisse lernten die Winerbienenwälder den Zucker bis in die neueste Zeit eigentlich nur als Arznei oder kostbare Apothekenware kennen. In den mittelalterlichen Apotheken fand der Zucker — wie früher der Honig — eine so ausgedehnte Verwendung, daß das Sprichwort aufkam:

Ohne Zucker, Wachs und Wein kann man kein Apotheker sein.

Nur und wider alles Mögliche sollte er angeblich helfen, so war den Nach von gebranntem Zucker sollte man gegen den Schnupfen oder „Naspuksel“ in die Nase geben lassen. Um lieblich aber und am allgemalsten noch man ihn auf gewöhnliche Weise, da denn die Apotheker die wunderlichsten und wirksamsten Formen als Penid- oder Gerkenzucker, Mastenzucker, Nitronenzucker und Wolenzucker herzustellen verstanden. Ein rechter Apotheker war eben gleichzeitig Konditor, und vielfach kamen die Pfendbreiter der guten alten Zeit überhaupt vom Zuckerbäckerberufe her. So wurde im Jahre 1484 die älteste Apotheke in Dresden, die Marienapotheke am Altmarkt, die heute noch besteht, vom Landesherren als solche „befreit“ (privilegiert), nachdem sie vorher schon lange ein Krämerladen gewesen war, wo man Safran, Wachs und Honig kaufen konnte. Und zum Schutz der bereits im Jahre 1204 (halb nach Gründung der Stadt) entstandenen Freiburger Apotheke (der ältesten in Sachsen) verordnete im Jahre 1478 der Rat, daß niemand Konfekt und andere Waren, die in die Apotheke gehören, verkaufen solle, ohne in Zofenmärkten und Anläßen; Mirae möge der Apotheker verkaufen wie andre Krämer, hingegen aber soll er die Stadt mit Stenelwachs und Zinten frei halten, soviel der Rat bedarf. Noch im Jahre 1559 beschwerte sich die Witwe des älteren (früheren) Dresdner Apothekers Partheis, daß sich Joh. Elshörner (iranudein) unangenehmer Konkurrenz unterbreite, Konfektion, angebotenen Zucker und andern, so in eine Apotheke gehörig, zu machen und sell zu haben, und der Kurfürst „Vater August“ befaß durch Meistritz vom 7. Februar, es ihm wegzunehmen. Konditoren gab es also damals noch nicht.

In Dresden entstand auch die erste Zuckerfabrik auf deutschem Boden. Mit dieser Gründung ging es, wie fast bei allem Neuen, nicht ohne Schwierigkeiten ab. Diese Her aber waren besonders seltsamer Art. Im Jahre 1658 erwarb eine unternehmende Frau Barbara Kaufmann zu Dresden ein Privilegium auf sechs Jahre, Zucker zu steben. Nach Ablauf dieser Zeit suchte sie um Erneuerung nach. Doch da glaubte der Rat zu Leipzig, das wäre wider sein Stapelrecht, und suchte es zu hinterziehen. Der Kurfürst erriente zwar das Privileg wieder, aber mit der Einschränkung, daß sie daselbst „bescheidenlich und also gebranche, daß dadurch der Stadt Leipzig nichts Nachteiliges ausgeht werde; vielmehr soll sie den Zucker, so zu Dresden raffiniert und gut gemacht wird, anhero (nach Leipzig) zur Niederlage die drei Märkte (Wesseln) zu verschaffen schuldig sein, alsdann mag sie ihres besten Gefallens denselben, wohin sie will, verkaufen. Auch das Mehl, woraus der Zucker gestoben wird, soll sie nicht auf der Elbe heraufführen lassen.“ — Man verfiel also dieser unternehmungslustigen sächsischen Unterthanin sogar den Vorteil des bequemen und billigen Elbhandelsverkehrs.

Das „Raffinieren“ des Zuckers in den alten Zuckerfabriken geschah um deswillen, weil der Rohzucker nach Europa in ungerinigtem Zustande gelangte, und es ging in der Weise vor sich, daß man ihn durch Erhitzen flüssig machte und in schmale Gefäße füllte, die unten spitz zuliefen. Die unreinen Bestandteile der Masse sammelten sich in der Spitze der Gefäße an; man öffnete dann einen dort befindlichen Hahn und ließ den Bodensatz ablaufen, bis ganz reiner Zucker zum Vorschein kam. Nach dem Erkalten und Festwerden hatte der Zucker die spitz zulaufende Form, die zu der Bezeichnung „Zuckerhut“ Anlaß gegeben hat. Johannes Kleinpaul.

Kleine Chronik.

Colar Blumenthal, der Dichter des Weihen Röhrs, des Hans Gudebin, der Großstadtluft und Ästhetischer Schwänke, ist im 80. Lebensjahre gestorben. Es gab eine Zeit, wo er höher eingeschätzt wurde als in seinen letzten Lebensjahren, wo er in der Saupfische als geschäftstüchtiger Schwanzfabrikant bewertet wurde. Seit Mitte der sechziger Jahre wickelte er sich allmählich zum beliebtesten feuilletonistischen Allerweltshelden und brillanten Theaterkritiker (der blutige Ostarr) empor, erwarb sich in den achtziger Jahren den Ruf des ernstzunehmenden Zeitdramatikers und wurde einflussreicher Theaterdirektor, als der erfolgreich für Hermann Sudermann eintrat. Als sich aber der Realismus in der Literatur durchsetzte, ein neues Geschlecht heraufkam und die Zeit abstarb, die ihn ernst genommen, begab sich der gewandte Mann, ein Geistesverwandter Paul Lindaus, Klug und weltkundig, wie er war, auf das Gebiet des Schwanks und erzählte, namentlich so oft er sich mit Kadelburg zusammentat, jene Erfolge, die heute noch fortwirken.

Neues Theater. Donnerstag, 7 Uhr: Stradella. Freitag, 7 Uhr: Martha. Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Die Zauberkiste. Sonntag, 8 Uhr: Boccaccio. Montag, 7 1/2 Uhr: Demetrius. — Altes Theater. Donnerstag, 7 Uhr: Der Star (Kona Radiner: Gertrud Enckbold). Freitag, 7 Uhr: Die beiden Seebunde. Sonnabend, 7 Uhr: Die Nacht der Hinkernis (Erstaufführung). Sonntag, 2 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Rathan der Weise), 7 Uhr: Die verlorne Tochter. Montag geschlossen. — Neues Operntheater. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Die Gloriasstrichin. Freitag, 7 1/2 Uhr: Das Fräulein vom Amt (vollständliche Vorstellung). Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Eva. Sonntag, 7 Uhr: Warum geht's denn jetzt? Montag, 7 1/2 Uhr: Der Opernball (vollständige Vorstellung). — Konzerte und Vorträge. Sonnabend, 8 Uhr, im Auguste-Schmidt-Saal, Dresdner Straße 7: Musik der Zeitgenossen, veranstaltet von Marie Schütz-Virch (Wieder von Max Schilling) und Walter Courvoisier. Rezitationen von Nora Mengelberg.

Osterkonferenz der sozialdemokratischen Opposition.

(Schluß.)

Nachmittagsführung.

Zunächst macht Genosse Kuyssel das Wahlergebnis bekannt. In das Zentralkomitee sind gewählt: Dase mit 114 Stimmen, Frey 115, Dörfner 108, Wengel 100, Dittmann 92, Ledebour 90, Du rant 91. Nicht gewählt: Dr. Meyer mit 60 Stimmen.

Beirat: Dertter 61 Stimmen, Dittmann 88, Henke 86, Dittmann-Hamburg 86, Grub 82, Vanse 70, Schnellbacher 63. Nicht gewählt: Fleißner mit 40, Denschel 30, Lipinski 32. Kontrollauschuss: Volk 114, Seyer-Leipzig 100, Windau 108, Becklin 126, als Vertretung für Genossin Zettin wurde Lore Kanes-Diffendorf mit 103 Stimmen gewählt, Karsten 88, Liesegang 71. Nicht gewählt: Fleißner mit 41, Lipinski mit 31 Stimmen.

Sobann wird in der Diskussion fortgefahren. Genosse Kuyssel: Soeben wird mitgeteilt, daß ein kaiserlicher Erlaß eine Reform des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses verfügt habe. Außerdem sind Gerichte im Umlauf, daß in das Herrenhaus berufen seien Scheidemann, Richard Fischer, Gert usw. (Lebhafte Heiterkeit, Zwischenrufe.) In dieser ersten Zeit muß schon ein Satz zugelassen sein.

Doch nun wieder zurück zum Ernst. Jetzt nach unserm Zusammenkunft ist unbedingt nötig, daß die bisher getrennten Richtungen versuchen, sich ineinander hineinzufügen. Das war leider bei den Ausführungen Dertters nicht der Fall. Sie waren manchmal recht provokatorisch und das, was er sagte, wirkte nicht demokratisch, sondern demagogisch. Ueberhaupt muß die frühere Spartakusgruppe ihre Terminologie gegen das sogenannte Parteizentrum ablegen. Es ist da sehr häufig eine persönliche recht gehässige Art des Kampfes angewandt worden. So wurde u. a. Dittmanns Rede über die Schughast als ein Ausfluß eines Parteiverhältnisses bezeichnet. Nebenher verliest demgegenüber eine Stelle aus einem Brief Mehrings, in der sich dieser sehr anerkennend über Dittmanns Rede äußert. Auch vollständig hat sich Mehring absprechend über die hysterische Kampfesweise einzelner Spartakusleute geäußert.

Mit der Interpretation der Stuttgarter und Kopenhagener Beschlüsse, wie sie Ledebour und andere geben, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Mehring legt ausführlicher seinen Standpunkt zur Frage der Landesverteidigung dar und schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis: Kampf gegen den Parteivorstand in gemeinsamer Frontlinie!

Genossin Salden-Hamburg, Vertreterin der Bremer Gruppe, begründet eine gegen die Sozialisten gerichtete und auf die russische Revolution bezugnehmende Entschloßung. Im Anschluß daran erklärt sie, den grundsätzlichen Ausführungen des Genossen Dertter stimmen die Hamburgischen und Bremer Genossen zu. Innerhalb bestehen Unterschiede zwischen ihnen und der Gruppe Internationale, da die gemeinsame geistige Grundlage nicht gegeben ist. Den Hamburgern und Bremer Genossen ist es unumgänglich, mit dem „Parteizentrum“, organisatorisch zusammenzugehen, sie behaupten, daß die Internationale sich mit dem Parteizentrum zusammengeschlossen hat. Aus diesem Grunde bilden die Hamburg- und Bremer Genossen eine eigene und linksradikale Organisation. Sie erklären aber, daß sie alle Aktionen der neuen Partei, die geplant sind, die Massen aufzurufen, mit allen Kräften unterstützen werden.

Genosse Dittmann-Hamburg: Ich habe die große Freude, daß eine kleine Gruppe, die nicht mit uns zusammengehen will, erklärt, sie trete auf dem prinzipiellen Boden, der von einem Vertreter einer anderen Gruppe dargelegt worden ist. Die nächste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, besteht darin, alle Mittel, die der Durchföhrung des Friedens dienen, anzuwenden und die Internationale in den Stand zu setzen, den Krieg zu beenden.

Mehring polemisiert sodann gegen Ledebours Anschauungen über die Landesverteidigung, insbesondere über die Pflichten der russischen Arbeiter in der gegenwärtigen Revolution. Die Hauptfrage sei jetzt, praktisch zu arbeiten und in unsern Zusammenkünften keine theoretischen Disputationen zu treiben.

Genosse Eisner-München: Aus den Ausführungen des Genossen Dertter sprach ein gutes, ehrliches, leidenschaftliches Gefühl. Und soweit es sich um das Gefühl handelt, kann ich durchaus mit ihm gehen. Die Schwierigkeiten stellen sich erst heraus, wenn es geht, an die praktische Lösung schwieriger Probleme heranzugehen. Die Massen müssen ergraben werden, nicht bloß um der Wagenfrage willen, sondern auch aus politischen Gründen, wie z. B. zur Erreichung der Meinungsfreiheit usw. auf den Plan zu treten. Marx darf nicht nur durch die Wille Madets gelesen werden, man soll vielmehr direkt nachlesen, was Marx in seinem Appell an die Internationale 1870 über die Frage des Verteidigungsstranges und die Friedensarbeit des Proletariats gesagt hat. Die deutschen Genossen müssen erst das Vertrauen der Internationale wiedergewinnen.

Mehring bekräftigt zwei Anträge, die sich mit der Kriegsföhrung befassen. In bezug auf die praktische Arbeit verweist er darauf, daß die Massenaktionen der weihun ragenden Tribüne des Reichstages nicht entbehren können. Wichtig sei auch, daß wir und der Jugend annehmen und daß wir die Fehler vermeiden, die früher an unserer Jugend begangen worden sind. Auf alle Fälle müsse der Jugend ihre Selbstständigkeit gelassen werden, natürlich unter dem geistigen Beirat der Älteren.

Genosse Stadthagen-Berlin: Ich bin mit Ledebours Ausführungen über die Berechtigung der Selbstverteidigung nicht einverstanden, insbesondere muß ich seiner Argumentation entgegenstellen, daß die Selbstverteidigungspflicht schon aus unserer Forderung der Volkswehr und der Demokratisierung des Heeres hervorgehe. Diese Forderung muß, in Zusammenhang mit unserm gesamten Grundgedanken betrachtet werden. Was haben wir denn zu verteidigen? Die Rechte und Pflichten des Volkes. Der bürgerliche Verteidigungsgedanke ist ein ganz anderer. Kriegskredite dürfen wir niemals bewilligen. Wir sind am 4. Aug. 1914 überzogen worden und haben uns vielfach um Geschäft leiten lassen. Kriegskredite bringen Steuern, denn sie müssen verzinst werden. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht zu sichern und auch im Kriege dafür zu wirken. (Beifall.)

Genosse Dertter-Berlin, wendet sich ganz energisch gegen den Sport, wie er es nennt, Kautsky herumtanzereien, besonders von Leuten, die noch nicht wert sind, ihm die Schuhe zu lösen. Viele der Gruppe Internationale hätten selber zugestanden, daß sie ihr Bestes von ihm gelernt haben. Aber auch jetzt gibt es kaum einen Artikel von Kautsky, aus dem nicht jeder von uns etwas lernen kann. Dertter bringt uns Madets Anschauungen gegen Kautsky zum Vortrag. Er meint, Kautsky habe gesagt, durch den Weg der proletarischen Revolution gelangen wir zu den vereinigten Staaten von Europa und er hält das für eine kleinbürgerliche Anschauung. Ein Wort soll alles erklären: Imperialismus.

Mit Dertter nicht, daß Kautsky der Erste war, der auf den Imperialismus hingewiesen hat, und sein Schüler, Hilferding, von dem Sie alle lernen, sich heute noch auf ihn bezieht? Was Dertter über den Chemnitzer Parteitag sagt, ist ein Märchen. Ich selbst bin Referent auf dem Parteitag in Chemnitz gewesen und habe dort ungeschärft ausgeführt, daß die großen Staaten zur Einsicht gelangen können auf friedlichem Wege ihre Einflusssphären zu erweitern. Im Sommer 1914 kamen die Staaten auf diesem Wege entgegen. Daß eine andere Richtung sich als mächtiger erwies und es zum Kriege kam, ist kein Beweis gegen die Richtigkeit des Gesagten. Wir haben die Schicksalsgerichte alle als letztes Mittel betrachtet, aber wenn ein Jahr Zeit

vergeht, um über die Ursachen eines Krieges zu entscheiden, so ist damit der Krieg um ein Jahre aufgeschoben und vielleicht aufgehoben. — Dertter ist ehrlich genug, zu erklären, wir können die Gewerkschaften nicht entbehren, trotz ihrer Mängel, ebensowenig können wir Mittel wie Schiedsgerichte entbehren, ohne sie für vollkommen zu halten. Ueber den Imperialismus bestehen die verworrensten Anschauungen. Dertter aber glaubt, daß nur Madet allein die Weisheit darüber besitzt. Die Landesverteidigung wird heute zum Mantel, hinter dem sich Kapitalismus, Nationalismus, Chauvinismus verbergen. Die nationalen Kriege, die aus den Bedürfnissen, nach nationaler Abriindung entstehen, und nach dem Drauß, aus Meer zu kommen, sind im kapitalistischen Staat nicht zu beseitigen. Diese Gründe liegen auch bei Dertter vor. Auch diese Fragen können nur nach ihren besonderen Umständen beurteilt werden.

Wir würden zum Thema und leeren Formeln kommen, wenn wir bei allen Ereignissen die jeweilige Ursache nicht berücksichtigen wollten.

Genosse Schnellbacher beantragt die Verbreitung des Aufrufes der Genossin Zieg, dessen Abdruck in der Gleichheit verboten worden war. In bezug auf die Arbeitssamenschaft meint er, sie habe völlig verfaßt bei der Paralon-Affäre.

Ein Aufsatz der neuen Organisation sei es auch, die Jugendbewegung loszureißen von den Sozialisten. Die „Arbeiter-Jugend“ verpöflet die Seelen der Jugend. Auf der Basis der freien Jugendvereinsung, wie sie in Berlin Stuttgart und andern Orten entstanden ist, ist weiter zu bauen. Wenn Haase den Appell Dertters auf Kautsky zurückgewiesen hat, so weiß jeder von uns, daß das nicht persönlich gemeint war, daß jedes Genosse Pflicht ist es, seine Kritik auszusprechen, wenn er glaubt, daß jemand eine falsche Meinung propagiert. Auch Kautsky kann dabei nichts finden. Zum Schluß bittet Schnellbacher, die Resolution der Bremer Genossen anzunehmen.

Der Vorsitzende Dittmann teilt mit, daß ein Mitglied des Bezirks vornehmlich die Wohl nicht wird annehmen können und daß derjenige Genosse, der nach ihm die meisten Stimmen erhalten hat, an seine Stelle treten wird. Es ist dies der Genosse Ziegler-Dresden.

Genosse Kohn-Hamburg war gestern schon der Meinung, daß alles beim Alten bleiben wird innerhalb der Propagandastellungen und wird auch weiterhin der Meinung bleiben.

Genosse Karsten-Alsfeldener ist mit vielen andern Delegationen, wie er sagt, enttäuscht von Ledebours Referat. Er hat den Schwerpunkt viel zu sehr ins Parlament verlegt. Es wäre nicht nötig gewesen, derartig lange Ausführungen über das Parlament zu machen. Dabei bleibt doch sehr zu wenig Raum für die Freiheit und unsere Politik nach Ledebour einrichten wird uns der Friede ebenso überlassen, wie der Krieg es tat. So darf es aber nicht kommen. Lange Reden zu halten ist nicht notwendig, sondern nötig ist, zu sagen, was für die Zukunft zu tun ist.

Unsere Politik muß auf die Macht eingestellt werden. Dies unterscheidet uns ja von den Sozialisten. Eisner sagt zwar, wir wollen mit den Scheidemännern nichts zu tun haben, aber wir wollen auch nicht zu sehr haben mit ihnen, Müller und Hresaleichen. Mit der Münchener Politik wird nichts erreicht. Zum Verteidigungskrieg ist viel zu viel gesagt worden.

Genosse Haase-Erlangen: Kautsky muß sich Kritik gefallen lassen wie jeder andere. Nachdem ich gestern den Streit über den Namen Internationale Sozialdemokratie Deutschlands geführt habe, habe ich Zweifel bekommen, ob wir auch wirklich fähig sein werden, internationalen Politik zu betreiben. Wir in Württemberg stehen auf dem Boden der Internationalen. Wir sind nach Gotha gekommen, die Einigung herbeiföhren zu helfen und können es nicht billigen, wenn sich die Bremer jetzt absetzen. Wir sind für Einheit und Zusammenfluß, nicht um Umkreislauf zu finden gegen Verfolgungen. Wir haben davon schon reichlich viel gehabt in Württemberg, wo Jährlinge von uns im Gefängnis und unser Genosse Schwab im Zuchthaus sitzt. Das Mißtrauen gegen Zusammenfluß und gegen parlamentarische Vertretung ist begründet. Aber dies kann die Arbeitssamenschaft ja bald beseitigen.

Genosse Kautsky-Berlin: Ich habe nicht viel mehr zu sagen als einige Bemerkungen. Ich stimme mit allen Vorkredern überein in der Sympathie über die temperamentvolle Art Dertters. Ich bin auch nicht gekränkt über die Kritik, denn wer seit 43 Jahren im Parteikampf steht, der ist noch ganz andere Dinge gewöhnt. Aber hier muß ich erwidern, weil durch die persönlichen Angriffe auch die Sache getroffen wird. Nur ein Zitat von den angeführten stammt wirklich von mir. Zu diesem Zitat wird gesagt, daß wir uns zur Landesverteidigung unbedingt nicht verpflichten, aber auch nicht unbedingt jeden Krieg ablehnen können. Es kommt alles auf die Umstände des Krieges an. Was hat Dertter davon auszusagen? Er selbst hat einen Fall vorgebracht, daß wenn in Deutschland die sozialdemokratische Republik herrsche, wir sie verteidigen müßten, wenn ein kapitalistisches England und Frankreich sie angreife. Also er selbst hat einen besonderen Fall vorgebracht, und diese besonderen Fälle sind es eben, die man in Betracht ziehen muß. Er bemängelt die Zweideutigkeit unseres Programms. Dieses ist jedoch von Engels aus der Taufe gehoben worden. Und wir dürfen ihm zutrauen, daß er keine Zweideutigkeiten zugelassen haben wird. Dertter weist dann nach, was ich für ein schlechter Redner seit zehn Jahren bin, da ich schon im „Weg zur Macht“ dasselbe sagte wie jetzt. Aber das beweist nur, daß ich meinen revolutionären Standpunkt nicht aufgegeben habe. Denn wegen meines „Weg zur Macht“ wurde ich am heftigsten angegriffen von den Gewerkschaften und den Nationalsozialisten. Dagegen fand ich volle Zustimmung gerade bei den Radikalen.

Auf dem Chemnitzer Parteitag bin ich nicht gewesen, kann deshalb dort auch nicht von einer friedlichen Entwicklung des Kapitalismus gesprochen haben. Genosse Dertter verwechselt das offenbar mit etwas anderem. Ich habe nämlich die ökonomische Notwendigkeit des Imperialismus der Weltpolitik und des Weltkrieges bestritten. Der Imperialismus ist nur ein Ausfluß der Sucht des Kapitals auf Extraprofit. (Zuruf Dertters: Wann verzichtet der Kapitalismus auf Extraprofit?) Kautsky (sehr lebhaft): Dann müßten wir ihu eben dazu zwingen. Die ganze Frage ist nicht eine Frage der ökonomischen Notwendigkeit. Gegen eine solche können wir nicht auf. Sie ist eine Frage der Macht.

Dertter warf mir dann vor, ich hätte einmal die Vereinigten Staaten von Europa als Produkt der proletarischen Revolution und ein anderes Mal als Produkt des Imperialismus hingestellt. In Wirklichkeit bin ich nach wie vor der Ueberzeugung, die Vereinigten Staaten von Europa können nur verwirklicht werden, als eine Bereinigung von Europa. Also durch die proletarische Revolution. Das schließt aber nicht aus, daß das großkapitalistische Unternehmertum der Großstaaten sich verständigt über gemeinsame Ausbeutung der Welt. Das hat jedoch mit den Vereinigten Staaten von Europa nichts zu tun. Ich wies darauf hin, daß das internationale Empfinden der Arbeiter anzufachen, indem ich sagte, es wäre eine Schande, wenn der Kapitalismus seine Internationale eher aufbaute, als es die Sozialisten wieder vermindern. Wer wollte mir daraus einen Vorwurf machen?

Weiter wirft mir Dertter vor, daß die Neue Zeit schrieb, die Sozialisten im Kriege hätten ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen. Das ist richtig, das hat in der Neuen Zeit gestanden, und noch dazu in einem Artikel von mir. Es ist aber ein Zitat aus einer Broschüre aus dem Jahre 1870 und bezieht sich auf den besonderen Fall der französischen Arbeiter, die nach dem Sturz Napoleons zur

Verteidigung der Republik aufgerufen wurden. Der Verfasser dieser Broschüre war Karl Marx. Dertter mag sich mit ihm auseinandersetzen.

Marx war der Meinung, daß die Pflicht der Verteidigung dann eintrete, wenn das Interesse des internationalen Proletariats es gebiete, daß die eine Seite nicht unterliege. Das galt 1870 nach Sedan für die französische Republik.

Wenn die Gothaer Konferenz und zur Arbeit in dieser Richtung stark und reif macht, hat sie gute Arbeit getan. (Lebh. Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen und es folgen die

Schlusswort.

Genosse Dertter-Chemnitz: Wir sind hier nicht zusammengekommen, um uns zu bekämpfen und zu verärgern, sondern der Meinungsaustausch soll dem Zweck der gemeinsamen Arbeit dienen. Die Art und Weise, wie Kautsky den Begriff „staatsbürgerliche Pflicht“ in seinem Artikel angewendet hat, muß irreföhrend auf die Arbeiter wirken und darum habe ich gegen Kautsky polemisiert.

Im Anschluß daran macht der Redner noch längere Ausführungen über die Frage der Landesverteidigung und über die Pflichten, die nach seiner Meinung den russischen Sozialisten in der gegenwärtigen Revolution obliegen. Es ist eine einfache Methode, Marx und Engels als Kronzeugen auch für unsere Zeit heranzuziehen. Beide Männer haben volle Bedeutung als Kronzeugen ihrer Zeit. Wir sollen uns überhaupt hüten, ein Schema für unsere künftigen Aktionen zu entwerfen. Marx und Engels lebten in einer Zeit der internationalen Konsolidierung. Heute haben wir eine Weltwirtschaft, und da sind die nationalen Grenzen nur Hindernisse für das Proletariat. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Sprachen und sonstigen Dinge keinen Kulturwert für die Arbeiter haben. Was die Schweizer Miliz anbetrifft, so kann diese kein Ideal für uns sein, denn diese Miliz ist in vielen Fällen gegen kämpfende Arbeiter ins Feld geführt worden. Das Schweizer Militärsystem hat also in gewissem Sinne auch einen Dissensoharakter. Es ist notwendig, gerade in dieser Zeit, die mit ihrem Ernst und ihrer Schwere so furchtbar auf den Soldaten lastet. Es ist eben das Ende unserer Zeit, daß das Proletariat den Glauben an sich verloren hat, daß es in so vielen Fällen dem Wunderlauben huldigt, es könne aus seinem Elend durch irgendwelche andern Kräfte befreit werden. Daher haben wir bei den Arbeitern keine Hoffnung auf den Reichstag oder auf Passivität usw. zu erwecken, sondern einzig und allein die Hoffnung auf sich selbst. Wollen und Reichstag und Passivität mitnehmen, so sollen sie uns willkommen sein, aber verlassen wollen wir uns auf sie nicht. Ich habe die Hoffnung, daß alle die, die zu dieser Tagung zusammengekommen sind, die ehrliche Absicht und den festlichen Schwung haben, der Arbeiterklasse zum Siege zu verhelfen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf erhält das Schlusswort

Genosse Ledebour: Das ehrenlichste Resultat unserer Aussprache ist die Uebereinstimmung, die uns mit so manchen Ausführungen Dertters verbindet. Wenn wir uns verständigen und verstehen, werden wir auch in der Lage sein, gemeinsam unsern Weg zu gehen und gemeinsam zu handeln. Der Redner geht dann noch ausführlicher auf die Frage der Selbstverteidigung ein und gibt eine Erläuterung seiner Anschauungen über die Schweizer Miliz. Was die Selbstverteidigung anbetrifft, so stehen die russischen Sozialisten unter Führung Scheidets auf dem gleichen Standpunkte wie ich. Es ist die Bestätigung angebracht, daß das Einverständnis zwischen Scheidemann und uns doch nicht vollständig zerfallen sei. Zweifel wurden laut, daß einzelne unter uns doch noch einmal mit jenen zusammengehen möchten. Diese Vermutung ist durchaus unrichtig. Wenn gefürchtet der Diskussion über den Namen der neuen Partei manche Äußerungen laut wurden, die diese Vermutung auskommen ließen, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß die betreffende Redner noch nach irgendeiner Gemeinsamkeit mit den Scheidemännern trachtete. Es waren vielmehr Zweckmäßigkeitsgründe, die sie zu ihrer Stellungnahme in der Namensfrage veranlaßten. Jetzt handelt es sich aber nicht mehr um den Namen, der ist gegeben; jetzt handelt es sich um die Sache.

Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich in meinem Referat die wirtschaftlichen Fragen nicht eingehender behandelt habe. Das war aber angesichts der Zeit und bei der Fülle des zu behandelnden Materials nicht möglich. Aus diesem Grunde konnte ich auch nicht näher auf die Gewerkschaftsfrage eingehen. Das eine aber ist festzustellen: wir müssen in Zukunft darauf hinarbeiten, daß bei Aktionen der Massen, wie sie uns für die Zukunft vorstehen, die politisch organisierten mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Schulter an Schulter vorgehen müssen, ohne die Gewerkschaftsföhler und über die Gewerkschaftsföhler hinweg. Wir müssen der Gewerkschaftsbewegung wieder den revolutionären Charakter geben, den sie einst hatte. Am liebsten wäre es unklar, wenn wir das, was wir tun wollen, vorher ankündigen. Ebenfalls wollen wir jetzt hinausgehen zu gemeinsamer Arbeit für das Proletariat und für den Frieden. (Lebhafte Beifall.)

Es kommt nunmehr zur Abstimmung über die noch vorliegenden Anträge und das W a n s e l. Ledebour wird gegen eine Stimme angenommen. Der Vorkredende hält damit die Entscheidung des Genossen Merkel-Braunschweig für erledigt. Hiergegen wird von einer kleinen Gruppe Protest erhoben, doch stimmt die Ubergroße Mehrheit der Konferenz der Auffassung des Vorkredenden zu.

Ein Antrag Eisner:

Unsre Aufgaben.

Die Fraktion der Arbeitssamenschaft wird ersucht, einen Antrag im Reichstage einzubringen, der die Einsetzung einer ständigen Armeekommission zur Ueberwachung der militärischen Operationen bezweckt.

Und der von der Genossin Zieg begründete Antrag:

Internationale Frauentag.

Die Unterzeichneten beantragen: In der Zeit vom 5. bis 12. Mai in allen Gegenden Deutschlands Frauenversammlungen zu veranstalten, die der Propaganda für das Staatsbürgerrecht der Frau und für den Parteieinheitsdienste dienen.

Luise Zieg, W. Wengel, Erna Dalbe, H. Ahrens, M. Reichert, Johanna Ludwiga, Tony Eisner, Rosa Wallstein, Kathilde Wurm, Herta Langend, Elise Brill, Annie Solsky, Minna Nammann, Auguste Demmig, F. Kdermann.

wird einstimmig angenommen. Der vom Vorkredenden bereits verlesene Antrag des Genossen Schnellbacher wird ebenfalls einstimmig angenommen, ebenso zwei weitere Anträge:

- 1. Daß das Gehalt der beiden anzuwählenden Sekretäre nach dem Vorschlage der Bezirksleiter auf 600 M. festzusetzen ist.
2. Die Konferenz beauftragt die Zentralleitung, in eine Prüfung über die Schaffung eines Presse-Bureau einzutreten, und wenn die Vorbedingungen gegeben sind, dieses einzurichten.

Zum Schlusswort ist hiermit erledigt und Genosse Volk erhebt sich zum Schlusswort. Er führt aus: Drei Tage haben wir getagt, und ich darf sagen, daß wir eine fruchtbarere Tätigkeit entfaltet haben. Die ungeschaffene Organisation soll für die nächsten Jahre die Grundlage unserer Tätigkeit geben. Wir haben gesprochen nicht wie in einem Affectkündigen,

Andern mit unerschütterlicher Festigkeit, wie es unter Sozialdemokraten üblich ist. Vielen Parteien habe ich schon beigegeben, doch selten stand die Diskussion auf der Höhe des heutigen Tages. Die Frucht unserer Debatten ist die Einheit der Opposition; nur eine kleine Minderheit hat sich nicht angeschlossen. Die Hoffnung, die ich bei der Eröffnung aussprach, daß gleich wie im Jahre 1875 die Einheit der Opposition sehr nützlich sei, hat sich erfüllt, wenn es auch vorerst nur die Einheit der Opposition ist, die geschlossen wurde. Die herrschenden Klassen werden aus den hier gefassten Beschlüssen lernen, daß das Proletariat gewillt ist, ihnen seine Fäden zu ziehen. Von Vebel wurde einst gesagt: Wir gehen einer schweren Zeit entgegen, wir stehen noch vor dem Berge. Das trifft heute noch zu. Wir werden uns nicht scheuen, durch Zusammenstoß mit ihnen alles überwinden, was unsre Gegner uns anhängen. Auch Niederlagen werden möglich sein, vielleicht schon bei den nächsten Wahlen. Aber das wird uns nur ein neuer Ansporn sein. Je eifriger und entschlossener das Proletariat ist, desto schneller wird es sein. Dem deutschen Proletariat ist der endgültige Sieg sicher.

Genosse Hof schließt mit einem dreimaligen Hoch auf die Internationale, in das die Versammlung lebhaft einstimmt.

Am Genossen Clara Zetkin wird folgendes Telegramm abgesandt:

Mit lebhafter Freude hat die Konferenz der Opposition Ihre Verhandlungsergebnisse aufgenommen und uns beauftragt, Ihnen zu danken für den Ausdruck der gleichen blühenden Begeisterung für die selbständige Betätigung des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus und der Demokratie und dem Wunsch, Sie bald wieder in aller Frische in unsern Kampfzügen begrüßen zu können.

Das Konferenzbüro:

Hof, Dittmann, Liebmann, Meyer, Windau, Zieh.

Reichstag.

87. Sitzung Dienstag, dem 24. April, nachmittags 2 Uhr.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Hediger (Sp.) bittet um Auskunft über das Ergebnis der amtlichen Untersuchung betreffs der vom Hamburger Fremdenblatt mitgeteilten feindlichen Attentatsversuche, um mit Hilfe französischer Kriegsgefangener in Deutschland Geusen zu verbreiten und die unentbehrlichsten Nahrungsmittel zu zerstören.

General von Fredebeul: In einem an einem französischen Kriegsgefangenen gerichteten Patent wurden in ein Buch eingepackt 5 Zettel gefunden, die in Schiffsfahrts Anweisungen an die feindlichen Kriegsgefangenen zu Zerkürungen, Brandstiftungen, Erregung von Viehseuchen, Schädigung der Kartoffelansaat und -ernte usw. enthielten. Aus dem Inhalt und aus dem Neuen der Zettel ergibt sich klar, daß es sich um einen groß angelegten Plan handelt, Deutschland wirtschaftlich schwer zu schädigen. Zweifellos ist die Gefahr groß. Die Bevölkerung ist daher durch die Presse hierüber aufgeklärt worden. Außerdem ist eine verstärkte Durchsuchung aller an die Kriegsgefangenen gerichteten Postkarten angeordnet worden. Sollte dies nicht genügen, so wird zu weiteren Maßnahmen gegriffen werden. Das bisher durch die verstärkte Untersuchung der Patente ermittelte Material hat das oben gefagte bestätigt, daß es sich um eine weit verzweigte Organisation handelt (Hört, hört). Der Beweis, daß die französische Regierung die Hand im Spiele hat, ist bisher noch nicht erbracht worden.

Abg. Dr. Neumann-Gorler (Sp.) bittet (schleunigst Anordnungen dahin zu treffen, daß kleinen Bundesstaaten, die einen lebhaften Bäder- und Sommerfrischverkehr aufweisen, für die Ernährung der Fremden ein Ersatz gegeben wird.

Direktor von Oppen: Die Versorgung der Bäder usw. mit Lebensmitteln ist im Kriegsernährungsamt Gegenstand eingehender Besprechung mit den Vertretern der beteiligten Bundesstaaten gewesen. Eine unmittelbare Sonderbelieferung der Kurorte durch Reichs- und Staat kann wegen der damit verbundenen Doppelbelieferung nicht stattfinden. Es ist aber auf andere Weise ein Ausgleich vereinbart worden.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Kaempf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch, dem 2. Mai, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberatung.

Abg. Scheibemann (Soz.): Namens meiner Fraktion will ich nur unser Bedauern und unser lebhaftes Bedauern ausdrücken darüber, daß der Reichstag heute in dieser hochherstlichen Zeit zusammengetreten ist, um sich sofort wieder zu vertagen. Die Gründe, die uns für die Notwendigkeit dieses Verfahrens gegeben werden — Abhaltung einer Anzahl von Direktoren aus den verschiedenen Reichsämtern, ohne die die Budgetkommission die nötigen Vorarbeiten nicht erledigen konnte — sind gewiß richtig, trotzdem bedauern wir diese Vertagung, weil wir es für notwendig halten, hier umgehend eine gründliche Aussprache über die Probleme der inneren wie der auswärtigen Politik stattfinden zu lassen, die volle Klarheit darüber schafft, wie der Kurs der deutschen Reichspolitik nach innen und nach außen errichtet sein soll. In New York und London, in Paris und Petersburg, in Sidney und Rio de Janeiro predigt man den angeblichen heiligen Krieg gegen die angebliche deutsche Autokratie. Man stellt uns einen noch viele Jahre währenden Kampf in Aussicht, der mit unserer völligen Vernichtung enden soll. Wir fürchten diese Drohungen nicht, aber wir wissen, daß die Pläne der Gegner die ganze Welt mit dem vollkommenen Ruin bedrohen und dieser Gedanke erfüllt uns mit schwerer Sorge. Auf der anderen Seite hat die Friedensliebe und der tiefe Sinn für Gerechtigkeit, den die Revolution in der Seele des russischen Volkes entzündete, der ganzen Welt die Aussicht auf eine nahe, schönere Zukunft eröffnet, die Aussicht nicht auf einen Sonderfrieden, wohl aber auf einen allgemeinen Weltfrieden, der kein Volk unterdrückt und vergewaltigt, aber alle befreit, damit sie in einem freien Bunde den Werken der Kultur und brüderlicher Menschlichkeit nachgehen und die Fundamente eines friedlichen Zusammenlebens für alle ausdenkbare Zeit sichern mögen. Dieser Gedanke der russischen Revolution — unser eigener sozialdemokratischer Gedanke — erfüllt heute Millionen und Abermillionen auch des deutschen Volkes mit heller Begeisterung. Er wahr unser Recht auf nationale Selbstbehauptung, das wir stets für uns in Anspruch genommen haben und stellt uns vor die greifbare Möglichkeit, einen entscheidenden Schritt zu tun zum Wohle des deutschen Volkes und der ganzen gekümmerten Menschheit. Diesem Gedanken haben wir Sozialdemokraten Ausdruck verliehen, in jenem Beschluß, den Sie ja alle aus der Presse kennen. Ich bedauere, daß es die Geschäftsfrage des Hauses uns unmöglich macht, diese Gedankengänge heute schon mit der nötigen Ausführlichkeit zu erörtern, so daß ich mich heute auf diese kurzen Andeutungen beschränken muß. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in den nächsten Tagen hier über alle diese Dinge gründlich zu reden. (Beifällige Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Ledebour (Soz. Arb.) zur Geschäftsordnung: Mit einem Bedauern über die Geschäftsfrage können wir uns nicht begnügen, sondern wir verlangen, daß der Reichstag morgen zusammentritt, um fortlaufend über die dringend notwendigen Angelegenheiten und alle die brennenden Fragen eine Erörterung zu haben, die das Volk dringend verlangt. Wir verlangen deshalb, daß auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung

der Wirtschaftsplan für das Jahr 1917

gesetzt wird. Es ist das derjenige Teil der Frage der Nahrungsversorgung, der bereits vollkommen spruchreif vorliegt. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Man verweist darauf, daß die Denkschrift noch nicht vorliegt. Aber die in ihr behandelten Fragen der Versorgung sind zwar sehr interessant und wichtig, ihre Erörterung ist aber nicht so dringend notwendig. Wohl ist aber gerade auch für die Landwirtschaft sehr dringend zu erörtern, wie die Ernährung der Bevölkerung im Frühjahr und Sommer sichergestellt werden soll. Mit der Erörterung dieser Frage auch nur einen Tag zu warten, liegt gar kein Grund vor. Auch deshalb ist es nötig, mit dieser Frage zu beginnen, weil die wachsenden Nahrungsmittelnotlagen im Volke die tiefgehendste Zustimmung ausgeht haben. (Sehr wohl bei der Soz. Arb.) Die bereits nicht bloß in Berlin, sondern auch in anderen Orten Deutschlands bei Hunderttausenden von Arbeitern zu Arbeitsverstellungen geführt haben, die direkt durch die Not hervorgerufen worden sind. (Sehr wohl bei der Soz. Arb. und Beif. Widerspruch.) Sie kennen ja die Not der arbeitenden Bevölkerung gar nicht (Erneuter lebh. Widerspruch) und lassen sich deshalb durch albernes Gerede von irgendwelchen Agitatoren irreführen. Die Nahrungsversorgung an sich hängt aufs engste zusammen mit der gesamten Kriegs- und Friedensfrage, und die Not bei uns findet ihr Gegenstück in der Not aller anderen Länder. Genau wie bei uns das Volk wünscht, daß dem unelstigen Krieg ein Ende gemacht wird, verlangen es die anderen Völker, und man wird es nicht verstehen, wenn hier im Reichstag abgemauert Schicht gemacht wird, ohne daß die Regierung Gelegenheit nimmt, klar und deutlich zu sprechen, wie sie zu der Frage steht. Wenn die Regierung nicht durch den Reichstag gezwungen wird, zu sagen, was für einen Frieden sie anbieten will, so geht das Gemisch weiter und es ist ihre Schuld mit. (Beif. Widerspruch.) Die Schuld der deutschen Regierung besteht darin,

Präsident Dr. Kaempf: Ihre letzten Ausführungen stehen nicht im Zusammenhang mit dem Antrag, die Ernährungsfrage morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Wir wünschen eine fortlaufende Erörterung aller dringenden Fragen, zunächst der Lebensmittelfrage, und deshalb muß ich doch... (Präsident Dr. Kaempf: Sie sprechen nur zu dem Antrag, die Ernährungsfrage morgen auf die Tagesordnung zu setzen.) Die Ernährungsfrage soll beginnen mit dem Wirtschaftsplan. Dieser hängt von den Arbeitskräften ab, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, und diese hängen vom ganzen Meerwesen aufs engste zusammen. Es ist eine der schmerzhaftesten Kalamitäten für die Landwirtschaft, daß die landwirtschaftlichen Tätigen keinen Urlaub erhalten, sondern beim Heer zurückgehalten werden. (Präsident Dr. Kaempf: Die 5 Minuten Redezeit für eine Geschäftsordnungsanmerkung sind abgelaufen.) Eine weitere sehr wichtige Frage ist die Ernährung in den Gefangenenlagern. Die Zustände in den Gefangenenlagern bei uns sind bereits derart schmerzhaft... (Große Unruhe! Präsident Dr. Kaempf entzieht dem Redner das Wort.)

Abg. Graf Westarp (Nat.): Der Wunsch des Herrn Scheibemann wird ebenfalls in der allernächsten Zeit erfüllt werden. Morgen zu sagen verbleibt die Geschäftsfrage des Hauses. Herrn Ledebour erinnere ich daran, daß gerade meine politischen Freunde bei der letzten Sitzung des Senatorenkonvents wiederholt in dem Sinne gesprochen haben, die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Graf Westarp irrt, wenn er meint, ich hätte ihm und seinen Freunden eine Schuld zugesprochen, im Gegenteil, ich habe meine Hoffnung auf ihn gesetzt, in der ich allerdings durch seine Worte arg enttäuscht bin. Wenn man auf jemand seine Hoffnung setzt, so ist das etwas sehr Wohlwollendes. (Heiterkeit.) Wenn die Freunde des Herrn Redner im Ranke falsch informiert sind, so läßt es sich telegraphisch leicht reparieren. Es ist überhaupt ein sehr

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Schön, meine Herren. Präsident Dr. Kaempf: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung „Schön, meine Herren“ nach einer Äußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, dergleichen Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. Ledebour: Also, meine Herren. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kaempf: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsanmerkung zu Ende.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Trano! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Spahn (Sentr.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Besten an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!) Für die Erörterung der Ernährungsfrage ist uns noch der Bericht. Der neue Wirtschaftsplan wird auch dadurch nicht geändert werden, ob wir die Reihen jetzt oder eine Woche später halten. Außerdem braucht die Budgetkommission dringend den ganzen Tag, um ihre Arbeit fördern zu können.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Herrn Ledebour erwidere ich nur, daß wir weder auf ihn noch auf seine Freunde jemals Hoffnungen setzen werden und ihm und seiner Politik keine Spur Wohlwollen entgegenbringen. (Zurufe bei der Soz. Arb.: Sehr ehrenvoll für uns! Ganz einverstanden!) Im übrigen wäre es auch und sehr erwünscht, wenn in dieser Zeit vom Ereignissen, die sich sagen und überfließen,

Abg. Graf Westarp (Nat.): Die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Graf Westarp irrt, wenn er meint, ich hätte ihm und seinen Freunden eine Schuld zugesprochen, im Gegenteil, ich habe meine Hoffnung auf ihn gesetzt, in der ich allerdings durch seine Worte arg enttäuscht bin. Wenn man auf jemand seine Hoffnung setzt, so ist das etwas sehr Wohlwollendes. (Heiterkeit.) Wenn die Freunde des Herrn Redner im Ranke falsch informiert sind, so läßt es sich telegraphisch leicht reparieren. Es ist überhaupt ein sehr

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Schön, meine Herren. Präsident Dr. Kaempf: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung „Schön, meine Herren“ nach einer Äußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, dergleichen Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. Ledebour: Also, meine Herren. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kaempf: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsanmerkung zu Ende.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Trano! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Spahn (Sentr.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Besten an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!) Für die Erörterung der Ernährungsfrage ist uns noch der Bericht. Der neue Wirtschaftsplan wird auch dadurch nicht geändert werden, ob wir die Reihen jetzt oder eine Woche später halten. Außerdem braucht die Budgetkommission dringend den ganzen Tag, um ihre Arbeit fördern zu können.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Schön, meine Herren. Präsident Dr. Kaempf: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung „Schön, meine Herren“ nach einer Äußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, dergleichen Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. Ledebour: Also, meine Herren. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kaempf: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsanmerkung zu Ende.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Trano! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Spahn (Sentr.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Besten an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!) Für die Erörterung der Ernährungsfrage ist uns noch der Bericht. Der neue Wirtschaftsplan wird auch dadurch nicht geändert werden, ob wir die Reihen jetzt oder eine Woche später halten. Außerdem braucht die Budgetkommission dringend den ganzen Tag, um ihre Arbeit fördern zu können.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Schön, meine Herren. Präsident Dr. Kaempf: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung „Schön, meine Herren“ nach einer Äußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, dergleichen Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. Ledebour: Also, meine Herren. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kaempf: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsanmerkung zu Ende.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Trano! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Spahn (Sentr.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Besten an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!) Für die Erörterung der Ernährungsfrage ist uns noch der Bericht. Der neue Wirtschaftsplan wird auch dadurch nicht geändert werden, ob wir die Reihen jetzt oder eine Woche später halten. Außerdem braucht die Budgetkommission dringend den ganzen Tag, um ihre Arbeit fördern zu können.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Schön, meine Herren. Präsident Dr. Kaempf: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung „Schön, meine Herren“ nach einer Äußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, dergleichen Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. Ledebour: Also, meine Herren. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kaempf: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsanmerkung zu Ende.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Trano! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Spahn (Sentr.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Besten an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!) Für die Erörterung der Ernährungsfrage ist uns noch der Bericht. Der neue Wirtschaftsplan wird auch dadurch nicht geändert werden, ob wir die Reihen jetzt oder eine Woche später halten. Außerdem braucht die Budgetkommission dringend den ganzen Tag, um ihre Arbeit fördern zu können.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Schön, meine Herren. Präsident Dr. Kaempf: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung „Schön, meine Herren“ nach einer Äußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, dergleichen Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. Ledebour: Also, meine Herren. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kaempf: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsanmerkung zu Ende.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Trano! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. Spahn (Sentr.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Besten an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!) Für die Erörterung der Ernährungsfrage ist uns noch der Bericht. Der neue Wirtschaftsplan wird auch dadurch nicht geändert werden, ob wir die Reihen jetzt oder eine Woche später halten. Außerdem braucht die Budgetkommission dringend den ganzen Tag, um ihre Arbeit fördern zu können.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Die Ernährungsfrage hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ginge, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen wären. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde. Das ist hinlänglich geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von nationalistischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Ranke mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

der Reichstag mehr Gelegenheit hätte, zusammen zu kommen. Aber mit Rücksicht auf die augenblickliche Geschäftsfrage schließen wir uns den Wünschen des Abg. Schoenalsch-Carolath und Spahn an.

Der Antrag Ledebour wird hierauf gegen die Stimmen der Soz. und Soz. Arb. abgelehnt.

Schluss 8 Uhr.

Ueber englische Gewaltmaßregeln gegen heimreisende russische Revolutionäre

wird jetzt aus Norwegen gemeldet:

Kürzlich ging durch die norwegische Presse die Meldung, daß eine Anzahl bekannter russischer Sozialisten, die sich an Bord des norwegischen Dampfers Kristiania nialford befanden, von den Engländern in Halifax festgehalten und an der Fortsetzung ihrer Heimreise verhindert worden sei. Nachdem das Schiff nun in Christiania angekommen ist, sind die Einzelheiten dieses und einer Reihe ähnlicher Fälle bekannt geworden. So berichtet ein norwegischer Augenzeuge u. a. folgendes über das Vorgehen der Engländer an Bord des neutralen Schiffes:

Die Inspektion in Halifax dauerte volle acht Tage. Die Engländer traten in jeder Beziehung ganz unangenehm auf. Als wir zwei Tage festgehalten hätten, leute ein Patrouillenboot an unserm Schiff bei. Ein Offizier und ein Duzend bis an die Zähne bewaffnete Soldaten kamen an Bord. Kaum hatten sie einen Fuß auf Deck gesetzt, als der Offizier auch schon rief: „Hi Herr Trotski hier?“ Sogleich trat ein großer, breitkühler Ruffe vor. Es war der bekannte russische Sozialistenführer. „Im Namen König Georgs verhaften wir Sie!“ beklammerte der Offizier mit Pathos. „Ich lasse mich nicht verhaften!“ rief Trotski und machte Miene, sich zur Wehr zu setzen. — „Behaure!“ erwiderte der Offizier und fügte, zu den Soldaten gehend, hinzu: „Zur cura Villi!“ — Trotski wurde darauf mit Gewalt nach dem Patrouillenboot geschafft, seine Frau und seine zwei kleinen Söhne desgleichen. Sodann wurden noch sieben andre russische Passagiere verhaftet, darunter die bekannten Sozialisten Gindman, Piskew, Melnikow, Ruskin und Romanowitsch. Als sie das Schiff verließen, erhob sich Trotski unter im Boot und rief mit lauter Stimme: „England ist der Feind der Freiheit, des Friedens und des Sozialismus!“ Am selben Augenblick knallte ein Schuß und Trotski mußte sich, in den Arm getroffen, niederlegen. Ueber die Gründe dieser Verhaftungen, die natürlich einen tiefen Eindruck auf die Passagiere machten, erfahren wir nicht das geringste, doch wollte ein hartnäckiges Verhören wissen, daß der Halbesee, von der provisorischen Regierung inspektiert worden sei, da die Verhafteten an den freizulassen und rückwärtszuziehen der laudenswerten russischen Hilfswilligen gehören sollten. Trotski hatte seine Zustände zuerst nach Frankreich benennen, dort aber wegen seiner Kommentare zur Revolution in den verschiedenen vor ihm herausgegebenen Zeitungen in Konflikt mit den Behörden geraten. Er mußte daher seinen Weg von Frankreich nach Spanien und von dort nach Amerika suchen. Die Protesttelegramme, die die Reisenden der amerikanischen Regierung gesandt haben sollen, sind, wie es heißt, von den Engländern aufgehalten worden. In russischen Kreisen herrscht große Bestürzung über die Handlungsweise der Engländer, um so mehr, da England vorzugsweise nur für die „Menschrechte“ zu kämpfen. Wie ein bekannter Ruffe betont, liegt es ja offen zutage, daß solche Handlungen dazu beitragen, die für die vielen aus politischen Gründen des Landes vertriebenen Russen erstarrte Immunität geradezu zu durchbrechen zu machen. Die russischen Sozialdemokraten Stockholms haben daher auch einen Protest gegen das englische Vorgehen an den Justizminister Arcucci gerichtet.

Genosse Trotski ist als Mitglied des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats von 1905, Verfasser eines Werkes über die russische Revolution, bekannt. Als Flüchtling war er weiter unermüdlich für die Sache der Revolution schriftstellerisch tätig. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm nicht erlöhnt während der jetzigen Revolution, sondern schon früher wegen seiner Tätigkeit an den in Paris erscheinenden Blättern der russischen Revolutionäre verboten.

Genosse Trotski ist als Mitglied des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats von 1905, Verfasser eines Werkes über die russische Revolution, bekannt. Als Flüchtling war er weiter unermüdlich für die Sache der Revolution schriftstellerisch tätig. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm nicht erlöhnt während der jetzigen Revolution, sondern schon früher wegen seiner Tätigkeit an den in Paris erscheinenden Blättern der russischen Revolutionäre verboten.

Genosse Trotski ist als Mitglied des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats von 1905, Verfasser eines Werkes über die russische Revolution, bekannt. Als Flüchtling war er weiter unermüdlich für die Sache der Revolution schriftstellerisch tätig. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm nicht erlöhnt während der jetzigen Revolution, sondern schon früher wegen seiner Tätigkeit an den in Paris erscheinenden Blättern der russischen Revolutionäre verboten.

Genosse Trotski ist als Mitglied des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats von 1905, Verfasser eines Werkes über die russische Revolution, bekannt. Als Flüchtling war er weiter unermüdlich für die Sache der Revolution schriftstellerisch tätig. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm nicht erlöhnt während der jetzigen Revolution, sondern schon früher wegen seiner Tätigkeit an den in Paris erscheinenden Blättern der russischen Revolutionäre verboten.

Genosse Trotski ist als Mitglied des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats von 1905, Verfasser eines Werkes über die russische Revolution, bekannt. Als Flüchtling war er weiter unermüdlich für die Sache der Revolution schriftstellerisch tätig. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm nicht erlöhnt während der jetzigen Revolution, sondern schon früher wegen seiner Tätigkeit an den in Paris erscheinenden Blättern der russischen Revolutionäre verboten.

Gerichtssaal.

Strafgericht.

Ein jugendlicher Einbrecher stand vor der 3. Strafkammer, um sich unter der Anklage mehrerer Einbrüche zu verantworten. Es war der 17 Jahre alte Arbeitshilfe, jetzige Fürsorgezögling Kurt S. Er hat mehrere schwere Diebstähle in Magasin begangen, wobei ihm 155 Mk. bares Geld, Silbergegenstände, 10 Pfund Speck und Talg, im Werte von 700 Mk. in die Hände fielen. Ferner hat er durch Betrug von der Mutter eines Fürsorgezöglings dessen Papiere erschwindelt. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Das Strafenbahnunfall am Krankenhaus St. Georg. Die Straßenbahnführer Jenz eraben und Erzelt sind am 20. Februar vom Schöffengericht zu je 25 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie für schuldig befunden wurden, durch Fahrlässigkeit das Strafenbahnunfall am 20. November v. J., bei dem eine Anzahl Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden, verschuldet zu haben. Gegen das Urteil hatte Erzelt Berufung eingelegt. Nach nochmaliger Verhandlung vor dem Landgericht wurde er freigesprochen.

Schöffengericht.

Wegen Verdachts des Meineids im Gerichtssaal verhaftet wurde der Volter S. H. P. Zwei Arbeiterinnen des Schlachthofes hatte es eine tätliche Auseinandersetzung gegeben. Der Arbeiter S. H. P. hatte die Arbeiterinnen in die Hände gefaßt, sie auf die andere Arbeiterin mit seinem Viehtriebstock ein. Der Volter S. H. P., der bei dem Vorgang nicht anwesend gewesen ist, leugnete, etwas von dem Schlagenergeben oder gehört zu haben. Die andere Zeugin erklärte jedoch, daß S. H. P. falsch aussage. Als Erklärung für die falsche Aussage gab sie an, daß der Viehtriebstock dem S. H. P. fehlgehe und Fleischauschnitte zugestekt habe. Dies gab S. H. P. auch nach vielen Ausflüchten zu. Da danach dringender Meineidsverdacht bestand, wurde S. H. P. sofort in Haft geführt. Der Viehtriebstock erhielt zwei Wochen Gefängnis.

Don Ruh und Fern.

Familientragödien.

In Minden (Westfalen) erschog ein des Lebensmitteldiebstahls überführter Eisenbahnbeamter seine Frau, seine beiden 10 und 12 Jahre alten Kinder und tötete sich dann selbst.

Aus Verzweiflung über die Antzue seiner Frau warf in Fosnawice ein Arbeiter seine beiden Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren in den tiefen Föhberschacht einer Kohlengrube und stürzte sich dann selbst vor die Räder eines einfahrenden Eisenbahnzuges. Alle drei sind tot.

Ein ganzes Stadtviertel in Flammen.

Been, 24. April. Temps meldet: In Balen in Südkanien steht ein ganzes Stadtviertel seit vorgestern in Flammen. Selbst die Auener Feuerwehrr wurde zur Hilffloistung abgeschickt.

Ein Raubdiebstahlprozess.

Kugsburg, 24. April. Der Raubdiebstahlprozess gegen den Inhaber der Fahrradwerke in Bamberg, Kommerzienrat Weyerer, ist heute zu Ende geführt worden. Der Vertreter der Anklage, hatte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, eine Geldstrafe von 718 050 Mk. und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren in Antrag gebracht. Die Strafkammer verurteilte Weyerer zu vier Monaten Gefängnis und 718 050 Mk. Geldstrafe und erkannte ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von einem Jahre ab.